

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Lebenstraft.

Reber ist in dem Grade unglücklich, als er es zu sein glaubt. (Seneca.)

Es geht ein gewisser pessimistischer Zug durch unsere Zeit. Mit schwarzen Augen wird vielfach das Leben und das Weltganze betrachtet und vielen erscheint das ganze irdische Treiben als eine Sinnlosigkeit. Das „sich unglücklich fühlen“ ist etwas modern geworden nicht nur in den Kreisen der oberen Zehntausend, bei denen man oft nach der übrigen Maßzeit ihres Lebens eine berartig müde Rahmenbestimmung bezweifeln könnte: auch unser gesundes und kräftiges Volksleben wird hier und da schon etwas von dieser müden Dekadenz angekränkt. An solchen kraftlosen „Stimmungen“ sind große Völker und ganze Kulturen untergegangen.

Der starke, sein Lebensziel ganz erfassende Mann ist niemals „unglücklich“. In ihm lebt stets die kraftvolle Ueberzeugung, daß er selbst seines Glückes Schmied ist. Er schaut ins Leben mit frischem Blick, seiner Meisterschaft sich bewußt, und schafft mit seiner Hände Kraft und seines Geistes Schwingen rastlos an der Verwirklichung seines ihm von der Vorsehung zubilligten Lebenswertes. Gewiß, es kommen Leid und Schmerzen auch über ihn. Aber er läßt sich nicht beugen. Durch alles Unheil leuchtet ihm die Sinnbedeutung seines Lebens hindurch: Arbeit und treue Pflichterfüllung im Innern und in seiner Tätigkeit nach außen hin. Und sinkt ihm zuletzt der Hammer aus der Hand: Nun, so hat er sein Werk vollbracht.

Niemand wird sich unglücklich fühlen, der seine Lebensaufgabe verstanden und rastlos und mit ganzer Kraft ihrer Verwirklichung entgegenstrebt.

### Metallarbeiter-Ausperrung in Menden.

Aus Anlaß des hier seit sechs Wochen bestehenden Streiks bei der Firma Schmöle u. Co. sind am Samstag, den 9. November auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes für Menden und Umgegend bei acht Firmen ca. 1400 Arbeiter ausgeperrt worden. Der von manchem in Menden gehegte Wunsch, daß es nicht zum Neuenherken kommen möge, hat sich also nicht erfüllt und wenn der eine oder andere in den letzten Tagen der Ansicht Ausdruck gab, die Unternehmer würden vor der Ausführung eines für Menden so folgenschweren Beschlusses zurückschrecken, so hat die Erfahrung von Samstag das Gegenteil bewiesen. Nachdem bereits am Dienstag der vergangenen Woche eine durch Herrn Bürgermeister Dr. Dörhues bewirkte Verhandlung einer Arbeiterkommission mit dem Inhaber der bestreikten Firma zu keinem Erfolg führte, fand am Freitag Nachmittag auf Veranlassung eines Bruders des Firmeninhabers eine neue Verhandlung statt. Ein praktisches Resultat brachte aber auch diese Unterhandlung nicht, da von irgend einem namhaften Entgegenkommen der Firma Schmöle u. Co. den Arbeitern gegenüber nichts zu verzeichnen war. Das den Arbeitern am Schluß der überdreistündigen Verhandlung übergebene Schriftstück, das überdies von den Arbeitern als Ultimatum aufgefaßt wurde, war fast vollständig inhaltslos und unter keinen Umständen geeignet, die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Am Sonntag den 10. d. Mts. fanden morgens in den großen Sälen des Gesellenhauses und des Restaurants Merse zwei buchstäblich überfüllte Versammlungen statt, in denen der außerordentlich zahlreich erschienenen Bürger- und Arbeiterschaft durch die Kollegen Weber-Duisburg, Hirscher-Essen, Steinaecker und Mied-Menden Aufklärung über die gegenwärtige Situation gegeben wurde. Von allen Referenten wurde darauf hingewiesen, daß es doch jedenfalls auffällig sei, daß die Streiks in Menden fast immer bei der Firma Schmöle u. Co. anfangen. In einem Artikel, der in der vergangenen Woche die Kunde durch die Tagespresse machte, der, wie ausdrücklich festgestellt wurde, von keinem der Gewerkschaft resp. dem christlichen Metallarbeiterverbande irgendwie Nahestehenden herrührte, stand der sehr bezeichnende Satz:

„Die Geschichte ist mal wieder angefangen bei der Firma Schmöle u. Co. in Menden.“

Schon im Jahre 1904 wurde bei dieser Firma der damalige Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes in Menden gemahregelt. Die Entlassung des Kollegen Koster ist ebenfalls im letzten Grunde auf seine Tätigkeit für den christlichen Metallarbeiterverband zurückzuführen. Schon im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über die Beendigung des Streiks der Feilermeister und Gehülfen

hat die Firma Schmöle u. Co. den Kollegen Koster nicht wieder einstellen wollen und seit dieser Zeit hing fortwährend das Domeskesschwert der Entlassung über dessen Haupte. In Zammelborn, wo die Firma ebenfalls einen Betrieb hat, wurde in diesem Sommer eine Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes gegründet. Sofort wurden von der Firma Schmöle u. Co. drei Vorstandsmitglieder unserer Ortsgruppe entlassen. Auf eine Anfrage an den dortigen Betriebsleiter hat dieser geantwortet: „Gegen die Arbeitsleistung und das sonstige Verhalten dieser Arbeiter liege überhaupt nichts vor; die Entlassung der drei Vorstandsmitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sei lediglich auf direkte Anordnung des Firmeninhabers, Herrn Adolf Schmöle in Menden erfolgt.“

Der jetzige Streik in Menden, das muß wiederholt betont werden, ist nur deshalb entstanden, weil Herr Schmöle nicht nur kein Entgegenkommen gezeigt, sondern auch jede Verhandlung mit seinen eigenen Arbeitern über die eingereichten Wünsche und Forderungen rigoros abgelehnt hat. Daß Herr Schmöle etwa nicht in der Lage gewesen sei, die durchaus berechtigten Forderungen seiner Arbeiter zu erfüllen, ist nicht gut anzunehmen, da er, wie ein vorliegendes Rundschreiben an seine Kundschaft beweist, seit dem 1. April d. J. die Preise für Eisenwaren um 5 % und diejenigen für Waren aus Messing, Tombak u. sogar um 10 % erhöht hat. Es liegt also durchaus nicht am Können, sondern am guten Willen des Arbeitgebers, daß es zu diesem gewaltigen Kampfe in Menden gekommen ist. Doppelt bedauerlich ist es deshalb, daß die übrigen Firmen den Herrn Schmöle in seinem mehr wie sonderbaren Verhalten gegenüber seinen Arbeitern noch bekräftigen, indem sie ihre alten, teilweise seit 30, 40 und mehr Jahren bei ihnen beschäftigten Arbeiter ausgesperrt, nur weil Herr Schmöle sich eigensinnig weigerte, mit seinen eigenen Arbeitern über durchaus gerechte Forderungen zu verhandeln.

Wenn diese Arbeitgeber bedacht hätten, welche große Summe von Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl sie mit der rigorosen Maßnahme der Ausperrung bei ihrer alten, bodenständigen Arbeiterschaft vernichtet haben, so hätten sie sich niemals zu einer derartigen Maßnahme bereit finden lassen.

Es verlaute ja nun allerdings, daß in dem übergebenen Schriftstück nicht alle Zugeständnisse der Arbeitgeber enthalten seien. Genaueres darüber müssen die Verhandlungen der nächsten Tage ergeben. Andererseits muß aber darauf hingewiesen werden, daß in einem Eingekauf im Sprachrohr der Mendenen Arbeitgeber bereits mit der

General-Ausperrung sämtlicher Arbeiter von Menden gedroht wird. Jedenfalls werden jetzt also auch die rückständigen Arbeiter von Menden und anderwärts diese Sturmzeichen verstehen und ihre Konsequenzen aus dem Vorgehen der Unternehmer ziehen durch Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband.

Der Verlauf und die Stimmung in den beiden Versammlungen am Sonntag zeigte, daß die Mendenen Arbeiter sich des Ernstes der Situation durchaus bewußt und bereit sind, den ihnen aufgesetzten Kampf aufzunehmen und zu einem guten Ende zu führen.

### „Wertsgemeinschaft“ oder Gewerksolidarität?

In einer großen, zahlreich besuchten Versammlung, die am 1. November auf Veranlassung des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften im Vereinshaus zu Eisen-West stattfand, äußerte sich Herr Direktor Dr. Brauns-M. Glabbach zur Frage der von den gelben Werkvereinen propagierten „Wertsgemeinschaft“ in der folgenden, außerordentlich zutreffenden und beachtenswerten Weise:

Bei der 100-Jahrsfeier der Kruppischen Werke hörten wir Herrn Geheimrat Dr. Eugenberg in seiner Festrede sagen: „In welches Lebensgebiet wir auch blicken, überall sehen wir uns vor der Aufgabe, eine an Zahl plötzlich riesenhaft gewordene Menschenklasse, die es bis dahin in der Welt nicht gab, den großindustriellen Arbeiter, einzugliedern in den langsam aufgewachsenen Bau unseres politischen Lebens.“ Stimmt! Ganz einverstanden!

In den Kreisen der heute so vielbesprochenen Sozialpolitik auf den Hochschulen und in der sozialen Praxis hat man diese Notwendigkeit eher erkannt als bei den Industriellen, die heute die alten Methoden dieser Eingliederung in Acht und Bann tun und die Welt mit einer neuen — speziell kapitalistischen — Methode der „Eingliederung“ beglücken möchten.

Ja, ich sehe nicht an, zu behaupten: Würden die Leiter unserer Großindustrie der von Herrn Geheimrat Eugenberg so richtig betonten Notwendigkeit sich eher bewußt gewesen

sein, und würden sie früher die richtigen Konsequenzen aus dieser Notwendigkeit gezogen haben, das Problem wäre dann heute im wesentlichen gelöst.

Früher haben die Kreise, welche heute in ihrer Art die Lohnarbeiter politisch eingliedern wollen, sich überhaupt nicht um die Eingliederung bemüht. Der Lohnarbeiterstand war ihnen teils lediglich Produktionsmittel — wenn auch menschliches Produktionsmittel. Darüber hinaus war er ihnen höchstens Objekt, Gegenstand der Gesetzgebung und Verwaltung, aber beileibe nicht gesellschaftlich gleichberechtigtes Subjekt, Träger der öffentlichen Tätigkeit in Staat und Gemeinde.

Darum wäre ein etwas weniger wegwerfendes Urteilen über die Vergangenheit der Sozialpolitik — im weitesten Sinne genommen — schon am Platze. Das neue Rezept muß sich zum mindesten auch noch erit bewähren.

Und wir glauben: Es wird sich nicht bewähren, weil es sich nicht bewähren kann, weil es an inneren und äußeren Unmöglichkeiten scheitert.

Doch zuvor die Frage:

I. Wie heißt denn überhaupt das neue Rezept der gesellschaftlichen Eingliederung der Arbeiterklasse?

Bisher hat alle Welt geglaubt, die Arbeiterschaft als eine neue, für sich bestehende Klasse mit eigenen Zielen und eigenem Leben betrachten zu müssen. Auch die neuen Propheten gehen von dieser Auffassung aus. Sie sind aus. Trotzdem glauben sie, patriarchalische Organisationsformen früherer Zeiten, wenn auch mit neuen Mitteln, wiederanzuwenden zu sollen, deren wesentliche Voraussetzung eben die war, daß der Arbeiterstand nicht zu eigenem gesellschaftlichen Leben reif und erwacht war.

So kommt man in den Kreisen der Industriellen heute zu folgender Begriffsbestimmung für die als notwendig zugegebene „Eingliederung“. Man versteht sie so, „daß wir uns der Familie der Werkbesitzer und der Geschäftsherren in ihren Unternehmungen beschließen eine Wertsgemeinschaft, die stärker ist als alle Mächte, die horizontal teilen wollen, was von der Wurzel bis zur Krone ein einheitliches Gebilde ist“. Solche Wertsgemeinschaften sollen dann weiterhin solidarisch sich fühlen mit Volk, Vaterland und Gemeinwohl, und so wäre die Einordnung glücklich vollendet, d. h. in der Phantasie solcher Propheten. In der Wirklichkeit hat diese Rechnung gewaltige Fehler.

II. Was ist eine Wertsgemeinschaft, oder fragen wir lieber: Was soll sie sein nach dem Willen ihrer Schöpfer?

Der Versuch, die Arbeiter durch Wohlfahrtsanstaltungen an das Werk, auf dem sie beschäftigt sind, zu fesseln, ist alt. Bald nach den ersten Jahren der werdenden Industrie tauchten solche Versuche auf und verallgemeinerten sich im Laufe der Jahre immer mehr. Schon in den achtziger Jahren wuchsen sich derartige praktische Übungen auch zu einer Theorie aus: Solche Wohlfahrtsanstaltungen sollten entsprechen dem Pflichtgefühl der Unternehmer, sollten Zeugnis dafür ablegen, daß diese im Arbeiter nicht nur das Produktionsmittel, sondern auch den Menschen sehen und würdigen.

Diese „Sozialpolitik“ der Arbeitgeberwohlfahrtspflege hat ihre Zwecke nicht vollständig erfüllt. Ebensovienig wie staatliche Versicherungs- und Schutzgesetze konnte die Politik der Wohlfahrtsanstaltungen eine Ständebewegung der Arbeiter schaffen. Und weil es daran fehlte, konnte sich die revolutionäre Sozialdemokratie Bahn brechen. Anstatt aus dieser Laffache zu lernen und den Hebel da anzusetzen, wo er demnach angefaßt werden mußte, ging man hin und gab sich teils der Gleichgültigkeit gegen das sozialdemokratische Problem hin, teils glaubte man, die revolutionäre Bewegung mit Zwangsmitteln Herr werden zu können. Auch heute noch hat man solche Hoffnung nicht ganz aufgegeben. Die Bestrebungen nach einem sogenannten Arbeitswilligengesetz, für das sich ja auch, getreu dem Wunsche der Unternehmer, die Gelben einsetzen, ist Zeuge davon. Aber man möchte diese scharfmacherischen Bestrebungen nicht bloß auf die eigene Kappe nehmen, weniger aus Verantwortlichkeitsgefühl als vielmehr deshalb, weil man damit heutzutage praktisch nicht mehr durchkommt. Man möchte Arbeiter haben, die selbst solche Forderungen stellen, damit man auf diese Kronzeugen sich stützen kann. Man möchte der Einseitigkeit der Arbeitgeberwohlfahrtspflege eine Ergänzung schaffen, dadurch, daß man scheinbar nach außen eine „Arbeiterbewegung“ zum annehmbaren Träger des neuen Systems macht.

Die Beibehaltung der Methode der Wohltaten und Almosen zwecks Entrechtung der Arbeiter glaubt man schmachhaft zu machen und ihres entehrenden Charakters zu entkleiden, indem man sagt: Was wollt ihr denn eigentlich gegen dieses System der „Arbeitgeberbeiträge“? Haben wir nicht solche auch in den Versicherungen? Wer hätte das jemals als entehrend für die Arbeiter empfunden? Gemach! Das ist ein Taicherspielertumskind. Hier handelt es sich um gesellschaftliche Leistungen. Um Leistungen, die die freie Mitbestimmung der Arbeiter nicht ausschließen, im Gegenteil, die sie ausdrücklich sanktionieren. Wenn diese Gelese, so wie sie heute sind, auf dem Wege einer gelben Bewegung hätten geschaffen werden müssen, wir würden heute noch darauf warten. Also mit diesem Vergleich ist es nichts zur Begründung der Gelben. Und doch kann man keine „Bewegung“, auch nicht einmal eine scheinbare „Arbeiterbewegung“ schaffen, ohne Arbeiterziele, ohne ein Programm, das sich als Vertretung von Arbeiterinteressen erweist. Daher das neueste Streben

der Gelben und ihrer Förderer, aus dem gelben Werkzeu werden nicht bloß eine Volkswirtschaftsrichtung zu machen, sondern diese Richtung in Gegensatz zur selbständigen Arbeiterbewegung zu stellen und diesen Gegensatz volkswirtschaftlich und staatsbürgerlich zu begründen, mit anderen Worten, den Gelben die Masse einer theoretisch bearbeiteten Arbeiterbewegung vorzuhängen. Zu diesem Zweck laiden sich künstliche Seelen in der Arbeiterbewegung, es finden sich auch vereinzelte Nationalökonomien auf, nach denen, die diese neue Wissenschaft predigen, und es finden sich noch mehr „Ungeheuer“ der Unternehmer, die aus der Not eine Tugend machen und sich bemühen, Unternehmerinteressen zu Arbeiterinteressen umzuformen; manche davon, das muß zu ihrer Entschuldigend gesagt werden, tun das allerdings mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe.

**Wie sieht es nun um die angebliche volkswirtschaftliche Rechtfertigung der neuen gelben Methode?**

Das Hauptkernstück der Vertreter dieser Richtung ist baran gerichtet, die Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit zu bringen, sie zu kennzeichnen als etwas volkswirtschaftlich Ungeheueres, ja, als etwas, das letzten Endes anstatt zum Vorteil, geradezu zum Nachteil der Arbeiterbewegung auszuwirken wird.

M. H.! Es zeigt sich bei dieser Beweisführung sofort ein großer grundsätzlicher Fehler. Man wirft die Gewerkschaftslehre der Sozialdemokratie mit derjenigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einen Topf und führt dann den Beweis ungefähr folgendermaßen: Man sagt, die Gewerkschaften verkennen durchaus das Wesen unserer Großindustrie. Sie möchten anstelle des Privatunternehmers einen Allgemein-Unternehmer setzen, sie möchten anstelle der Einzelnen, die die großen Werke dirigieren, eine Direktion durch die Massen setzen, die Arbeitermassen sollen gleichsam selbst zu Unternehmern werden, unsere moderne Großindustrie soll, so sagt man, auf Seiten der Vertreter der Gelben, eine neue wirtschaftliche Demokratie im Gewerbe werden. Und die Industrie soll genau wie das Staatswesen demokratisiert werden, und dann sagt man hinzu: Das ist eine totale Verkennung des Wesens unserer Großindustrie, nicht die Massen sind es, die die Großindustrie von heute zur Höhe brachten und bringen, es ist nur ein Blick auf Neuheutigkeiten, wenn man lediglich das Massenhafte über das tote Kapital in der Industrie sieht, hinter diesem Massencharakter und dem gesellschaftlichen Charakter, das ist erst das, was die Industrie ausmacht, die Tatkräft der einzelnen Männer, die diese Massen organisieren und dieser gesellschaftlichen Organisation erst das Leben einhauchen.

M. H.! Die christlich-nationale Arbeiterbewegung verkennet diese Wahrheiten durchaus nicht. Diejenigen, die jene Theorie aufgestellt haben, die hier verworfen und angefeindet wird, das sind die Sozialdemokraten gewesen, und darin liegt gerade, ganz abgesehen von nationalen und religiösen Gedankengängen, der grundlegende Unterschied zwischen christlich-nationalen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erkennt den Wert der Privatinitiative, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln aufbaut, durchaus an. Wer hat überhaupt den Riesenschritt geschaffen, den wir heute vor uns sehen? In erster Linie ist er das Werk der technischen Idee. Der Technik verdanken wir die neuen Werkstätten, die wir vor uns sehen. Die Fortschritte der Technik sind wieder zurückzuführen auf einzelne Menschen, auf ihr Streben. Es soll gewiß nicht gesagt werden, daß nicht auch die Massen an der Fortentwicklung der Technik beteiligt gewesen sind, insofern, als sie Antrieb dazu waren. Manche Lohnbewegung hat technische Fortschritte angeregt. Die Erfinder der neuen Arbeitsmethoden, das sind aber doch Einzelne gewesen. Was wäre die technische Idee aber ohne Kapital? Sie wäre unfruchtbar. Das Kapital ist es erst, was die technische Idee zur Anwendung bringt. Darin liegt die große wirtschaftliche Bedeutung, die das Kapital hat, und die wir ebenwogen verkennen. Wir verwerten keineswegs schlecht den Kapitalismus und erkennen die gewaltige, volks- und weltwirtschaftliche Bedeutung des Kapitalismus an, aber der Kapitalismus ist wiederum in sich tot, wenn nicht Geister dahinter stehen, sagen wir, wie der alte Krabb oder Thylsen u. a., die in ihrem Reich Autokraten sind bis zu einem gewissen Grade. Ohne ihre private Initiative hätte auch das Kapital diese Lebendigkeit nicht zeigen können, die wir heute an ihm bemerken. Diese Bedeutung, daß hervorragende Einzelne die Massen übertragen und ihnen Führer sind, erkennt die christliche Arbeiterbewegung vollständig an. Aber die Frage heißt ja nicht, Individualismus oder Sozialismus, wie sie in der eingangs erwähnten Rede des Herrn Geheimrat Eugenberg formuliert worden ist. Auf diese einfache Formel läßt sich das Wirtschaftsleben nicht bringen. Man frage die Herren von der Industrie einmal selbst: Wenn der Individualismus es allein wäre, der die Schaffenskraft im heutigen Volkswesen darstellt, wozu hätte man denn sonst die 4000 Patente geschaffen, wozu ein Kohlenbriket, wozu ein Stahlwerkverband, wozu die Erfindungen, alle Aufsteiger in diese Organisationen hineinzubringen? Das ist doch nicht alles reine Privatinitiative, da wird auch ein Teil der Privatinitiative geopfert auf dem Altare der Allgemeinheit, des Sozialismus im weitesten Sinne. Darum müssen wir sagen, nicht Individualismus oder Sozialismus, sondern

**Individualismus im Sozialismus und neben dem Sozialismus.**

Diesen Individualismus im Sozialismus haben wir in unserer Gewerkschaftsbewegung genau so wie bei den Unternehmern. Auch die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Lösung großer Probleme wird nicht in allen von den Reihen gemacht. Die nationalen Tarifverträge, beispielsweise im Buchdruck und im Baugewerbe, schließen nicht die Massen ab, sondern die Beauftragten, die Führer, aber hinter ihnen steht das Verantwortlichkeitsgefühl, das sie gegenüber den Massen haben, ein Verantwortlichkeitsgefühl, das nicht mit Demagogie erkaufte werden kann — das ist auch wieder einer der großen Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften — sondern ein Verantwortlichkeitsgefühl, das sich aufbaut auf die Erziehung der Massen zum Verständnis dessen, was die Führer tun. Niemand wird leugnen, daß die Führer in der Arbeitererschaft auch Individualitäten sind, die Werke geschaffen für die Arbeitermassen und für unsere gesamte Kultur, Individualitäten, die wert sind, daß die Unternehmer sie anerkennen und mit ihnen verhandeln. Wenn auf der einen Seite in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Individualismus in unserer Großindustrie vielfach verkennet wird, dann

dürfen und müssen wir umgekehrt sagen, daß das Kapital den Individualismus verkennet, der in der Arbeiterbewegung steckt, und daß es ferner verkennet, daß vernünftig geleitete Organisationen die Träger der Gesamtentwicklung sein müssen.

Man hat nun zur Begründung der neuen gelben Methode gesagt, die Gewerkschaften schädigen die Arbeiterinteressen. Da predigt der Junge den Süßwurm. Das Zeugnis für das, was Arbeiterinteressen sind, darf man nicht überlassen der Gewerkschaft selbst überlassen. (Sehr richtig!) Es wird gesagt, daß das, was die Gewerkschaften an höheren Löhnen erwirken, geleistet werde auf Kosten der ungeschulten Arbeiter. So hat vor kurzem ein Herr Professor Poole in den Vorträgen für Staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln gesagt. Das ist nicht richtig; aber woher kommt diese Weisheit? Sie kommt bei den Herren Nationalökonomien vielfach daher, daß die Wissenschaft lebendigt in ihren Studien und Erkenntnissen bei einer Zeit, die ein oder zwei Menschenalter hinter uns liegt. Wenn Poole zur Begründung seiner Anschauung anführt, daß der Abstand zwischen dem Lohn der geschulten und ungeschulten Arbeiter in Nürnberg in den letzten 30 bis 40 Jahren beträchtlich gewachsen ist, so beweist das gar nichts. Deshalb können doch die Löhne beider Kategorien im gleichen Maße gewachsen sein. Der Herr Professor wußte nicht einmal, daß durch die letzte Bewegung in Nürnberg auch der erwähnte Abstand verringert worden ist. Die deutsche Arbeiterbewegung orientiert in diesen Dingen wesentlich anders, als die englische.

Die Lohn erhöhungen, so sagt man weiter, die die Gewerkschaften durchsetzen, sollen erzwungen werden auf Kosten der Preise, und weil es schließlich die Massen sind, die die erhöhten Preise zahlen müssen, so seien es schließlich doch die Arbeiter wider selbst, die die Last zu tragen hätten. Das ist durchaus unrichtig, denn die Menschheit setzt sich doch nicht bloß aus Arbeitern zusammen, die Arbeiterschaft beträgt beinahe ein gutes Drittel. Auch die übrigen zwei Drittel zahlen mit, und es gibt sehr viele Einrichtungen und Fabrikationen, die den kleinen Mann betreffen. Ich glaube nicht, daß beispielsweise bei einer Lohnhöhung in der Automobilindustrie der kleine Mann unter einer Preissteigerung zu leiden haben wird. Muß sich denn jede Aufbesserung der Arbeiterlöhne in eine Erhöhung der Preise umsetzen? Das nimmt man einfach so an. Man sagt z. B., die Löhne der Bauarbeiter sind gestiegen, also müssen auch die Mieten steigen. Dazu bedürfen wir aber einer sehr genauen Untersuchung, ob nicht gleichzeitig auch mit dem Arbeitslohn die Arbeitsleistung gestiegen ist. Dabei denke ich nicht bloß an die persönliche Anstrengung des Arbeiters, sondern an persönliche Anstrengung inklusive maschineller und organisatorischer Leistung. Hat nicht in wer weiß wie vielen Fällen eine Lohnbewegung bewirkt, daß man technische Fortschritte einführt? Wie viele Erhöhungen der Löhne sind möglich gewesen dadurch, daß der Gesamtbetrieb besser organisiert und einheitlicher gestaltet und die Ergiebigkeit der maschinellen Arbeit, die Gesamtproduktion gesteigert worden ist. Das sind doch auch Möglichkeiten für die Erhöhung der Löhne, ohne daß die Preise zu steigen brauchen, und es wird noch sehr der Untersuchung bedürfen, was mehr preissteigernd gewirkt hat, die Gewerkschaftspolitik oder die Syndikatspolitik. Da werden wir wahrheitslieblich sehen, daß die letztere den Hauptvorteil an der Steigerung der Preise gehabt hat, nicht die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftspolitik. (Schluß folgt.)

**Ein Wort an die Former und Gießereiarbeiter.**

Ein Kollege aus dem Formerberufe schreibt uns: Mit dem Aufschwung unseres Verbandes in den letzten zwei Jahren hat, gewiß zur Freude aller Berufscollegen, auch die Zahl der christlich organisierten Former und Gießereiarbeiter eine erhebliche Zunahme erfahren. Ist auch die wünschenswerte Ziffer — es sind zurzeit wohl weit über 4000 — noch nicht erreicht, so ist doch die Steigerung von 2688 am 1. Januar 1910 auf die erwähnte Ziffer ein Beweis dafür, daß es sich in unseren Reihen regt. Wie aus dem Verbandsorgan ersichtlich, bestehen heute in einer ganzen Reihe von Verwaltungsstellen unseres Verbandes besondere Branchensektionen, um den Kollegen in Versammlungen zc. Gelegenheit zu geben, ihre Spezialwünsche hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses zu diskutieren und zu beraten.

Die Kollegen werden mir alle darin recht geben, wenn ich sage: gerade für die im Gießereigewerbe beschäftigten Arbeiter ist die Organisation so notwendig wie irgend etwas. Der eine oder andere Kollege aus anderen Berufen wird vielleicht der Meinung sein, weil die Former früher die Pioniere des Gewerkschaftsgedankens innerhalb der Metallindustrie gewesen sind, müßten heute doch auch deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse den kulturellen Verhältnissen angemessene sein. Demgegenüber müssen wir leider gestehen: die Lage der Former ist heute durchaus ungenügend, nicht so sehr infolge der Schuld der Unternehmer, sondern es muß das ausgesprochen werden, durch die Schuld der Former und Gießereiarbeiter selbst. Der frühere achte und rechte Berufslohn — nicht Berufsämkel — ist zum großen Teile verschunden; er hat der Laueheit, dem Individualismus weichen müssen. Und doch hätten wir alle Ursache, einmal energisch und entschieden in die Speichen zu greifen, um endlich für alle Kollegen der Former- und Gießereibranche gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Die Errungenschaften der modernen Technik haben auch im Formergewerbe große Aenderungen geschaffen. Der gelehrnte Former wird mehr und mehr ersetzt Tausende von Ungelehrten treten an seine Stelle. Maschinen der verschiedensten Systeme wurden und werden eingeführt, um billig produzieren und die menschliche Arbeitskraft bis zum höchsten Grade auszunutzen zu können. Das mag hart klingen. Wer aber den Kollegen an der Formmaschine zusieht, an den sogenannten „Kullas“ wie der fachmännische Ausdruck lautet, wird

das Gesagte nur bestätigen können. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend muß unter Ausbuchtung aller Kraft daran gearbeitet werden, um den erforderlichen Verbienst zu erzielen. Während bei den Stahl-Trockengußformern noch Hin und wieder durch schlachten zc. eine geringe Erholung eintritt, ist dieses bei den Maßguß-, Grauguß- und Temperguß-Formern, soweit sie an den gefenkenneuten „Kullas“ tätig sind, gar nicht möglich. Stampfen — abheben — umbeden — gießen — austreten — das ist ihr Tagewerk. Bei den Temperformern kommt noch das in den letzten Jahren — besonders für leichteren Guß — eingeführte Amerikaner System hinzu, welches ebenfalls die Kraft des Formers bis zur Erschöpfung ausnützt. Wie die Statistiken beweisen, ist das Risiko des Formers bezug auf seine Gesundheit darum ein außerordentlich hohes. Man vergleiche nur die Krankheitsziffern mit denen anderer Berufe, welche in unserem letzten Geschäftsbericht zu finden sind. Mit den Hütten- und Walzwerksarbeitern figurieren die Former und Gießer an erster Stelle. Kein Wunder also, wenn heute die Gießereibeitler über Mangel an Nachwuchs klagen, wenn vor wenigen Monaten, bei der Schulentlassung, in einzelnen Zeitungen die Eltern ersucht wurden, doch die Jungen dem „schönen“ Formergewerbe zuzuführen. Die interessierten Kreise sind sich sicherlich darüber klar, warum der Zugang zum Formergewerbe nachläßt. Sind es doch die ungesunden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche manchen Arbeiter veranlassen, lieber einem anderen Gewerbe sich zuzuwenden.

Wir nennen an erster Stelle das Entlohnungssystem. In den meisten Gießereien wird in Akkord gearbeitet. Früher hatte der Former noch entsprechenden Einfluß bei Festsetzung der Akkordpreise. Wo kennt man das heute noch? Nicht einmal der Meister kann in einzelnen Betrieben dabei noch mitwirken. Sehr viele Werke besitzen heute ein besonderes „Kalkulationsbüro“, welches definitiv die Preise ansetzt. „Es ist alles genau berechnet“, so und ähnlich lauten die Antworten, wenn der Kollege über den ungenügenden Akkordpreis Klage führt. Ist der Meister nicht zu bewegen etwas „zuschreiben“, so mag der Former eben sehen, wie er fertig wird. Zu wundern braucht sich der Kollege aber auch nicht, wenn man die Arbeit einem „Fleißigeren“ übergibt, der eventl. auch „liebervollen Ermahnungen“ durch den Vorgesetzten, Versprechungen zc., sich im Schweiß seines Angesichts bemüht, dem anderen Kollegen den Beweis zu erbringen, daß nur er sein Geschäft versteht.

Leider gibt es ja in allen Gießereien Elemente, die um „ihrer guten Nummer willen“ zu allem bereit sind. Diese Leute haben denn auch manchmal das Vergnügen, den „zweiten Akkordpreis“ zu erhalten. Gibt es doch auch Gießereien, wo der Akkordpreis „nach Gunst und Gabe“ gezahlt wird. Die „Braven“ haben da etwas voraus und bekommen in Anbetracht ihrer Artigkeit einige Wenige mehr, allerdings mit der Anweisung darüber nichts verlauten zu lassen. Wieder andere Werke haben besondere „Vorarbeiter“, die den Preis ausarbeiten. Massenartikel werden 14 Tage von einem Mann in Tagelohn gemacht und je nachdem, was dabei herausgekommen ist, wird der Preis — angeordnet. Mitbestimmungsrecht gibt es eben nicht.

Nicht nur das. Wer von den Kollegen hat es nicht schon selbst mitgemacht, muß es nicht heute noch dulden, daß der Akkordpreis erst dann angegeben wird, wenn die Lohnungsperiode vorüber ist. Um nicht schließlich im Ansehen des Vorgesetzten zu sinken, schweigt dann leider so mancher Kollege, muß schweigen, um nicht seine Existenz zu riskieren. Dauernde Akkorde sind bei manchen Betrieben undenkbar. Jede neue Kommission — wenn auch vom gleichen Stiel — läßt schließlich eine andere „Kalkulation“ zu. Da ist z. B. wieder die „böse Konkurrenz“, „der eine will es auch so billig liefern“ und wie die „Gründe“ alle lauten, um dem Former plausibel zu machen, daß billiger gearbeitet werden muß. Ist ein angemessener Verdienst herausgekommen, so gibt es auch schon mal „Regulierungen“ der Akkordpreise, die dann beileibe nicht dazu dienen sollen, „daß der Former weniger verdient“. Letzterer braucht ja nur ein wenig fester drauflos zu wirtschaften und der alte Lohn ist verdient. Sollte aber der eine oder andere es ablehnen, zu dem angebotenen, ungenügenden Preis zu arbeiten, so finden sich ja immer wieder „Kollegen“, die dann gern bereit sind, den „Hausmeister“ zu machen.

Wie man künstlich die Preise drückt, zeigte mir ein Vorfall in einer Gießerei im Hagener Bezirk. In der Temperformerei H. wurde der Guß 100-pfundweife bezahlt. Seiten von 1½—2½ Kilogr. z. B. mit 20 Mark: selbstredend, je schwerer die Seite, um so geringer der Preis. Der Meister R. richtete die Sache nun so ein, daß, wenn eben möglich, die Seite etwas schwerer wurde — durch Beilegung eines kleineren Gegenstandes. Wird dadurch das Gewicht von 2½ Kg. überschritten, so wird ein geringerer Preis gezahlt. Vielleicht äußert sich der eine oder andere Kollege mal darüber, ob nicht ein derartiges System auch in anderen Betrieben beliebt wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gerade im Entlohnungssystem die tiefere Ursache liegt für die unendlich vielen Streitigkeiten in den Gießereien. Grund genug für uns, alle Sebel in Bewegung zu setzen, um gesunde Verhältnisse zu schaffen. Soweit eine tarifliche Regelung noch nicht möglich ist, muß verlangt werden:

1. Keine einseitige Festsetzung der Akkordpreise.
  2. Garantierung eines Mindestverdienstes.
- Die zweite Forderung muß schon um deswillen erhoben werden, damit endlich die Brodgußfrage geregelt wird. Doch darüber in der nächsten Nummer.

### Eine Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften.

Unter der Überschrift „Die Zusammenarbeit von Arbeiter und Arbeiterschaft behufs Einführung besserer Verhältnisse“ druckt der „Regulator“ in Nr. 45 an leitender Stelle einen Vortrag des Hirsch-Dunderschen Führers Wilhelm Gleichauf ab, den dieser in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Jena gehalten hat. Trotz der für ein „neutrales“ Gewerkschaftsorgan ziemlich einseitig parteipolitischen Ausrichtung des Artikels, — er bürdet, „daß im politischen Leben Arbeiter und Arbeiter zusammenarbeiten auf Grund gemeinsamer liberal-demokratischer Weltanschauung“ — wären wir nicht darauf eingegangen, wenn er nicht auch eine Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften enthielte. Nach Erwähnung der Wirtenschaftlichkeiten, daß gewerkschaftliche und politische Arbeit sich ergänzen müssen und die „freien“ Gewerkschaften ihre Mitglieder direkt zu Anhängern der Sozialdemokratie ziehen, hat Gleichauf in Jena (wörtlich nach dem „Regulator“) ausgeführt:

„Die christlichen Gewerkschaften betonen das christliche Moment so stark, daß dies bei dem Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Zentrum einer Erziehung für letzteres gleichkommt.“

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erziehen ihre Mitglieder zum selbständigen Denken in sozialpolitischen und allgemeinen Fragen...

Der erwähnte Satz ist nichts weiter als eine grundlose Verdächtigung, lediglich dazu bestimmt, in evangelischen Kreisen Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften zu säen. Wenn in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung das „christliche Moment“ in der deutschen Arbeiterbewegung gewissenhafte Beachtung und Würdigung erfährt, so kommt das der evangelischen Kirche sicher in dem gleichen Maße zugute wie der katholischen. Oder glaubt Herr Gleichauf, die evangelischen Arbeiter seien keine Christen? Ein Mann, der seit Jahren an leitender Stelle in der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbewegung steht, könnte doch wissen, daß gerade auch in leitenden Kreisen der evangelischen Arbeitervereine auf die Betonung des „christlichen Momentes“ in nachdrücklicher Weise Wert gelegt wird. Der verdiente Führer der evangelischen Arbeitervereine, Herr Pastor D. Weber, der einstimmig für die christlichen Gewerkschaften eintritt, Herr Geheimrat Konfistorialrat Frhr. v. Wedel, der im Namen der evangelischen Kirchenbehörde Sachsen noch jüngst den Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften begrüßte, und noch viele andere Freunde unserer Bewegung auf evangelischer Seite, die auch das „christliche Moment“, an dem Herr Gleichauf so sehr Anstoß nimmt, stark betonen, leisteten damit also nach Hirsch-Dunderscher Ansicht — Erziehungsarbeit für das Zentrum! — Wer laßt das! — Sollte Herr Gleichauf seine Verdächtigung einmal logisch durchdacht, so wäre ihm ihre Unsinngkeit und Ungereimtheit zweifellos selbst zum Bewußtsein gekommen.

Nachdem Herr Gleichauf nun die Betonung des christlichen Moments beanstandet, fuhr er nach dem „Regulator“ in seinem Vortrage fort: „Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erziehen ihre Mitglieder zum selbständigen Denken in sozialpolitischen und allgemeinen Fragen.“ Christliche Weltanschauung und selbständiges Denken scheint nach demnach im Hirsch-Dunderschen Lager für sich gegenseitig ausschließende Gegensätze zu halten — tatsächlich kommt denn auch Herr Gleichauf am Schluß seiner Rede zur Empfehlung einer anderen Weltanschauung, die er als „liberal-demokratische“ bezeichnet. Als Bezeichnung des christlichen Moments — dahingegen Propagierung einer sogenannten liberal-demokratischen Weltanschauung: Das Ganze nennt sich dann „Neutralität“! Daß auch die evangelische Arbeiterbewegung allen Anlaß hat, ihre Mitglieder nicht einer so gearteten Erziehung zum „selbständigen Denken“ zu überantworten, beweist der Bericht eines evangelischen Kollegen als Augen- und Ohrenzeugen über eine öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung in Jizidau. Der Bericht ging uns vor etwa 14 Tagen zu, als Antwort auf die vollkommen falsche Darstellung der Jizidauer Versammlung im „Regulator“. Der betreffende evangelische Kollege schreibt:

„Im Anschluß an den großartig verlaufenen Dresdener Kongress hatten die christlichen Gewerkschaften in mehreren Orten Sachsens öffentliche Versammlungen einberufen, u. a. auch in Jizidau. Zu letzterer Versammlung waren Spornreichs auch zwei Hirsch-Dundersche Führer, und zwar Sauer von Leipzig und der Hauptvorsitzende des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Gleichauf von Weisitz herbeigekommen. Der Umstand, daß auch ein Führer der sächsischen evangelischen Arbeitervereine, Herr Pastor Ungnab-Jizidau, in der Diskussion warm für die christlichen Gewerkschaften eintrat, hat den besonderen Anlaß des „Regulator“ erregt. Er bringt über die Versammlung einen Bericht, in dem zwar fast ausschließlich Herr Pastor Ungnab in abstoßender persönlicher Weise angegriffen wird, der aber andererseits so „interessant“ ist, daß er eine kurze „Würdigung“ in unserem Organe verdient.“

Das Hirsch-Dundersche Organ macht sich zunächst einer starken Umdeutung der Wahrheit schuldig, wenn es die in Rede stehende Versammlung als eine „merkwürdige Versammlung des evangelischen Arbeitervereins Jizidau“ bezeichnet. Die Einladungszettel waren ausdrücklich von den Christlichen Gewerkschaften, unterzeichnet. Der Leiter der Versammlung hat diese Tatsache ebenfalls bekannt gegeben und zu allem Überdruß hat auch Herr Pastor Ungnab während seiner Ausführungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Veranstaltung der evangelischen Arbeitervereine handele.

Das alles paßt aber dem Hirsch-Dunderschen Artikel-schreiber nicht in seinem Kram. Um im Trüben fischen zu können, schlägt er der Wahrheit ins Gesicht, nur um die Versammlung hinstellen zu können: „als einen offenen Versuch, die evangelischen Arbeitervereine direkt zum Exzerzierplatz für die Agitation der christlichen Gewerkschaften zu machen.“ Wer demgegenüber wirklich die evangelischen Arbeitervereine gern ausschließlich für seine gewerkschaftliche Agitation in Beschlag nehmen möchte, das hat Herr Pastor Ungnab in der Versammlung mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, als er darauf hinwies, daß Sauer-Leipzig die Mitgliederlisten der evangelischen Arbeitervereine zwecks Agitation für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften von ihm verlangt habe. Das mußte Herr Sauer in der Aussprache denn auch selbst bestätigen.

Höchst bezeichnend für die Erziehungsarbeit im Hirsch-Dunderschen Lager war es jedoch, wie der erste Dis-

zussionsredner, der H.-D. Agitator Wolff-Jizidau, in erregter Weise Herrn Pastor Ungnab wegen der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften angriff. Der Mann drohte deshalb sogar den Austritt zahlreicher seiner Freunde aus der Handeskirche und aus dem evangelischen Arbeiterverein an! Diese Drohung kennzeichnet so recht den Geist, der sich im Hirsch-Dunderschen Lager breit machen kann. Für die so überaus wichtigen Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine und ihre Tätigkeit auf religiös-sittlichem Gebiete scheint den führenden Leuten dort schon jedes Werkstück zu fehlen.

Nach dem „Regulator“ haben natürlich die Ausführungen der H.-D. Redner so imponiert, daß Herr Pastor Ungnab einen „Eiertanz“ aufführte, weil er schlechterdings nicht dagegen ankam. Das Gegenteil ist natürlich Wahrheit. Herr Pastor Ungnab hat die Ausführungen der beiden Gewerkschaften arg zergaßt und klipp und klar den Nachweis geführt, daß die von den Hirsch-Dunderschen gepredigte „Neutralität“ Unsinn sei. Die christlichen Gewerkschaften aber werden trotz aller Hirsch-Dunderschen Verdächtigungen auch in Sachsen ruhig und entschieden ihren Weg weitergehen — und als selbständige und unabhängige Organisationen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen.“

Der vorstehende Bericht zeigt schon, wohin die Beauftragung der Christlichen und die Propagierung einer selbst zurechtgesimmerten, sogenannten „liberal-demokratischen“ Weltanschauung im Hirsch-Dunderschen Lager führt. Noch kraßer kommt dies zum Ausdruck in einem Artikel, „Bringt Licht in die Köpfe“, den jüngst das Hirsch-Dundersche Tabalarbeiterorgan aus dem Organ der Hirsch-Dunderschen Fabrik- und Handarbeiter abdruckte, weil es „ein schöner Artikel“ sei. Nach einer Begeißerung der katholischen Kirche wird in dem „schönen Artikel“ die evangelische Kirche wie folgt hergenommen:

„... Derselbe müßte Zelosgeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Eingang gehalten; das Mädelertum beherrscht sie. Das Mädelertum, das die Welt und ihre gewaltige Humanitätsarbeit 400 Jahre zurückdrücken möchte in jene Zeit, wo man an Häuberei und andern Unsinn glaubte, wo man nicht hunderte, nein tausende katholischer wie lutherischer Weiber auf die Scheiterhaufen führte und als Segen verbrannte! Wer sich nicht heute noch zu den Glaubenssätzen Luthers bekennet, die dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat gedächt und des geistlichen Lehramts für unwürdig erklärt. Wir brauchen nur die Namen Jatho und Traub zu nennen, die man ihrer „Verlehen“ wegen aus Amt und Post vertrieben. Kirche und Kultus, die den Menschen zu Tugend und Sittlichkeit erziehen, eble Menschheit in ihm pflegen und im Geschöpf den Schöpfer zu Ehren gebieten, genügen den modernen Glaubenswächtern nicht. Ihr habt nur auf das Apokostikum zu schwören, und das Denken auch abzugewöhnen! Das ist der Rechtsbruch der Kirchenräten von heute, in dem Augustinerdurch Dr. Martin Luther den evangelischen Rast verlehren.“

„Noch hat man nur erst vereinzelt erkannt, noch fehlt den Massen die Einsicht, daß das Christentum von heute weit a. geraten ist von den Lehren seines Stifter a. Die Kirche hat es verstanden, ihre Lehre auch den Großen dieser Erde schmachthaft zu machen, wenn sie sagt: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Heute dürfen auch Reiche hoffen, ins Himmelreich zu kommen, ohne daß Kamele durchs Nadelöhr gehen, wenn sie sich nur der Kirche gegenüber nicht knauserig zeigen. Es gilt also, noch viel Licht in die Köpfe zu bringen.“

„Licht in die Köpfe! Dem hellen Sinn kommt kein Jesuit zu nahe; denn Macht und Ansehen schenken das Licht, auch die Zeloten im Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab und die Massenampfanstatter ein Aufschreien; aber an diesem Licht, an dieser Erleuchtung fehlt es noch allerwärts.“

Das Sonderbare an der Sache aber ist, daß man das Vorstehende im Hirsch-Dunderschen Lager nicht nur als „schönen Artikel“ ansieht, sondern die Leute geben trotz alledem ihre Bewegung noch als „parteilich und religiös wirklich neutral“ aus. Noch mehr, sie muten politischen Parteien und konfessionellen Arbeitervereinen zu, das auf Wort zu glauben und besagen sich, wenn sie in diesen Kreisen auf Mißtrauen stoßen. Und doch, jeder denkende Arbeiter muß einsehen, daß das Mißtrauen gegen die Hirsch-Dundersche „Neutralität“ nur zu berechtigt ist, solange man sich in jenem Lager nicht dazu verstehen kann, sich unter Achtung der religiösen und politischen Überzeugung der Mitglieder auf das gewerkschaftliche Gebiet zu beschränken, wie es in den christlichen Gewerkschaften seit jeher üblich war.

### Die Landtagsverhandlungen über die bayrischen Hüttenwerke.

Seit mehreren Jahren hat sich der christliche Metallarbeiterverband nachdrücklich um die Besserung und Sicherung der Arbeitsverhältnisse obengenannter Werke bemüht. Auch dieses Jahr wurden in einer Denkschrift an Regierung und Landtag die vielfach noch mangelhaften Verhältnisse hervorgehoben und durch spezielle Vorschläge zur Besserung gedrängt. Die Abgeordneten der zuständigen Wahlkreise erhielten von den freigestellten Kollegen eingehendes Material zu den einzelnen Fragen. Eine weitere Denkschrift unseres Verbandes befaßte sich mit den bayrischen Knappschafftskassen; sie fordert neben der Zentralisierung Verbesserung der Leistungen. Ende Juli 1912 fand in München eine Konferenz der Hüttenarbeiter statt, an der auch eine Reihe von Abgeordneten teilnahm. Hierüber wurde bereits in Nr. 30/1912 unsers Organ ausführlich berichtet. Inzwischen wurde nochmals mit einzelnen Abgeordneten in gleicher Sache Rücksprache genommen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen im Landtag haben wir schon in letzter Nummer unsers Organes summarisch berichtet. Wohl noch niemals wurde sowohl im Finanzausschuß als auch im Landtage so eingehend über die staatlichen Werke und die Arbeitsverhältnisse gesprochen, wie in diesem Jahre. Dies mußte selbst Herr Finanzminister Braunig zugeben. Die Kollegen der bayrischen Hüttenwerke haben besonders in den letzten Jahren immer mehr den Anstoß an unseren Verband vollzogen, wodurch ihre Verhältnisse in der breiten Öffentlichkeit mit größerem Nachdruck zur Geltung gebracht werden konnten. Und nun zu den Verhandlungen im Landtag.

Im Finanzausschuß machte Abgeordneter Steets unter anderem folgende Ausführungen:

Eine Lohnverbesserung der Berg-, Hütten- und Salinarbeiter ist notwendig, wegen der Steigerung aller Lebensmittelpreise, wegen des nachgewiesenen Kindersterbens gerade bei Arbeiterfamilien und wegen der großen Sänglingssterblichkeit. Er verlangt für jetzt 30 Btg. Lohnerhöhung für die gewählte Belegschaft und für später Abänderung der Schichtlohnordnung nach den Beschaffen des vormaligen zehnten Aufschusses: Erhöhung der Grundlöhne, dreijährige Vorrückungen, Erreichung des Höchstlohnes nach 15 Jahren und bessere Maschinist-Zahlungsmodus. Er verlangte achtkündige Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter, für die übrigen Arbeiter die neunstündige, einheitliche Kürzung der Arbeitszeit an Samstagen und Arbeitschluss für die Vorarbeiten der höchsten Feiertage um 12 Uhr mittags. Die Urlaubsverhältnisse sollen verbessert werden. Die Prämien sollen auch jenen Arbeitern gegeben werden, die auf eigenem Grund bauen wollen. Die Rechte der Arbeiterausschüsse sollen festgelegt werden, die Sitzungen sollten regelmäßig mit rechtzeitiger Bekanntmachung und Angabe der Tagesordnung abgehalten werden. Die Behandlung der Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig; Strafen, wie Ablegung und Verlesung der Arbeiter, die häufig seien, sollen verboten werden. Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, Ueberstunden und Ueberstunden müssen auf das Mindestmaß eingeschränkt werden. Er fordert, daß der Konsumwirt in Nürnberg, der 2 Bsa. pro Liter an die Werkskasse abliefern muß (über 1500 M. im Jahre), die Hälfte davon an die Krankenkasse abliefern. (In diesen Ausführungen kam ein großer Teil der in unserer Petition niedergelegten Wünsche zum Ausdruck.)

In der Behandlung des einschlägigen Etats kamen zuerst die generellen Verhältnisse der Hüttenwerke zur Sprache und danach die Arbeiterfragen. Hinsichtlich der generellen Erörterung seien einige orientierende Gesichtspunkte hier wiedergegeben. Abgeordneter Held als Berichtserstatter führte u. a. in der Sitzung vom 8. Okt. folgendes aus: (Bericht über die Verhandlungen im Finanzausschuß.)

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinarbeiter schließt für die Jahre 1910 und 1911 mit einer Einnahme von 20 436 330 M., und mit einer Ausgabe von 19 719 430 M. ab. Das aufgelaufene Bergwerk Stockheim habe allein einen Ausfall von 1 363 350 M. ergeben. Auch bei den Hüttenwerken habe sich ein Fehlbetrag ergeben. Weiterhin fragte der Referent wie auch andere Herren des Ausschusses, wie denn die Gutachten lauten, die von der Staatsbergverwaltung eingefordert sind bezüglich des Standes unserer Werke und ihrer Rentabilität, und schließlich wurde vom Referenten die Frage behandelt, ob es nicht angeht, die schlechtesten finanziellen Ergebnisse der Werke nachträglicher erscheinen, die Werke entweder in Pacht zu geben oder gar zu verkaufen, wenn sich Käufer dafür fänden. Referent selbst hatte sich auf einen abnehmenden Standpunkt gestellt, und zwar einmal mit Rücksicht auf die in den Werken beschäftigten Staatsarbeiter und dann mit Rücksicht auf die Tatsache, daß gerade in der letzten Zeit große Kapitalien neu investiert wurden.

Wenn von der schlechten Rentierlichkeit gesprochen worden sei, so sei das seiner Ansicht nach nicht zum letzten auf eine verkehrte Lohnpolitik zurückzuführen. Wenn bessere Löhne bezahlt, die Arbeitszeit herabgemindert und im allgemeinen bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen würden, so würde die Produktion eine bessere und unter Umständen auch die Verwertung der Produkte auf dem Markte rentierlicher werden.

Der Herr Finanzminister habe unter anderem folgendes bemerkt: Hinsichtlich der Lohnpolitik der Bergwerksverwaltung könne er nach der einen oder anderen Richtung den vorgedachten Wünschen durchaus zustimmen. Auch er sei der Meinung, daß der Staat auch als Leiter der Staatsbetriebe vor allem ein Musterarbeitgeber sein solle. Er stehe auf dem Standpunkt, daß gutgelohnte Arbeiter und Arbeiter, denen auch die nötige Zeit zur Erholung gegeben würde, unter Umständen besser produzieren würden als Arbeiter, die ausgezudert und denen nicht die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Das aber im übrigen die Bemängelung unserer Verwaltung betreffe, so gebe er gerne zu, daß alle solche Werke auch in der Privatindustrie Kinderkrankheiten durchzumachen hätten. Allerdings dürften die Kinderkrankheiten nicht zu lange dauern.

In der gleichen Sache führte Abgeordneter Held in der Sitzung am 10. Oktober als erster Redner bezüglich der Hüttenwerke folgendes aus: Wer die Gutachten gelesen hat, die von hervorragenden Fachleuten über den Stand unserer Bergwerke, Hütten und Salinen der Verwaltung abgegeben worden sind, wird dort finden, daß allenthalben die feste Überzeugung vertreten wird, daß, wenn die Verwaltung ihre Pflicht tut und wenn modern kaufmännisch gearbeitet wird, unsere Staatswerke durchaus gehalten werden können, ja, daß eine Rente aus ihnen zu erwarten ist.

Was Amberg betrifft, so darf gesagt werden, daß in den letzten Jahren eine sehr bedeutende Summe dort neu investiert worden ist, eine Summe, die in die Millionen hineingeht. Wer das Hüttenwerk nun selbst gesehen hat, muß aber auch sagen, daß dort Reinrichtungen getroffen sind, die sich durchaus neben den besten Einrichtungen der Privatindustrie sehen lassen können. Das betrifft insbesondere die Gießerei, das Montanaggregatwerk und auch das Badsteinwerk, das neu errichtet wurde. Etwas mißlicher steht es mit den Hochöfen; aber auch da ist Vorsehung getroffen, weil die Staatsregierung eine Summe für Errichtung eines neuen Hochofens angefordert hat, der den alten, unrationellen Hochofen überflüssig macht.

Was die Finanzanrichtung von Amberg betrifft, so darf gesagt werden, daß insbesondere hinsichtlich der neuerrichteten Werke kaum etwas zu wünschen übrig bleibt. Es wäre nur zu verlangen, daß auch in Amberg nunmehr rationell gearbeitet würde, und zwar von den einzelnen Werken zusammengefasst würde. Mit werden mitgeteilt, daß, wenn Amberg bis jetzt so schlecht abgesehen habe, daran vor allem zwei Gründe schuld seien.

In allererster Linie käme es daher, daß von der Staatsverwaltung ganz verkehrt gerechnet worden sei. Man habe zu einem Zeitpunkt, da das neue Werk noch gar nicht fertig gestellt, geschweige in Betrieb genommen worden sei, bereits mit der Verzinsung und Amortisation des Werkes begonnen. Das ist natürlich, kaufmännisch gedacht, durchaus unzulässig; denn ehe ein Werk in Betrieb genommen ist, kann noch von Verzinsung und Amortisation billigerweise nicht gesprochen werden. In der Privatindustrie wird in diesem Fall so gehandelt, daß man noch eigenes Betriebskapital auf das Konto der Ausgaben einlegt und daß erst von dem Zeitpunkt,

da wirklich produziert wird, die Amortisation und Verzinsung beginnt.

Wie wird aber auch gesagt, daß es in Amberg offenbar, ganz abgesehen von den mangelhaft arbeitenden Hochöfen, an der ordentlichen Zusammenarbeit der einzelnen Werke sowohl des Bergwerks als auch der Hochöfen und insbesondere in der Gießerei fehlen müsse.

Zimmerlin aber scheint mir Amberg neben Sonthofen das Werk zu sein, das zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Weit pessimistischer bin ich anderen Werken gegenüber, insbesondere Bodennöhr, Weiberhammer, Bergen und nicht zuletzt Oberreichstätt gegenüber. Diese Werke sind ziemlich klein, vielfach nicht direkt an den Verkehr angeschlossen und zum Teil mangelhaft auch mangelhaft oft eingerichtet.

Das letztere gilt insbesondere von Weiberhammer. Ich bin der Meinung, wenn wir heute rationell arbeiten wollen, wenn wir eine Rente erwarten wollen, müssen wir die Werke auch nach der Richtung der Industrie angleichen, daß wir die besten, neuesten Maschinen, die rationell arbeiten, unbedingt für die Staatswerke anschaffen.

Es ist ein verkehrter Standpunkt, wenn behauptet wird, wie es im Finanzausschuß geschieht, daß die Maschinen bis jetzt noch gut getan hätten, daß man immerhin damit noch hätte arbeiten können und daß kein Geld dagegen sei, alles auf einmal zu machen.

Der Privatindustrielle rechnet ganz anders. Er fragt sich: Wird das Kapital, das ich für die Neueinrichtung aufwenden muß, durch rationellen Betrieb verzinst? Ich bin der Meinung, daß es ein schlechter Industrieller ist, der alte Maschinen nur deshalb stehen läßt, weil es bequemer ist oder weil er nicht die Courage hat, im Hinblick auf Neuerungungen ein neues Kapital zu investieren.

So darf die Frage nicht gestellt werden, sondern die Frage muß so lauten: Arbeite ich mit den alten Maschinen rationeller, geben mir die alten Maschinen eine Rente und Geld für die Amortisation oder ist mit neuen Maschinen rationeller zu wirtschaften und mit ihnen eine Rente herauszuwirtschaften?

Wenn der letztere Fall gegeben ist, dann darf sich auch die Staatsregierung nicht scheuen, die Kosten hierfür anzufordern. Ich halte bei einer Anzahl unserer kleineren Werke dafür, daß in diesem Umstand mit der Begründung für die geringe Rente und vielfach für das Defizit liegt, das sich in diesen Werken ergab.

Ich bin der Meinung, daß man dazu übergehen sollte unsere modernen Kraftmittel für den Betrieb dieser Werke nutzbar zu machen, insbesondere die Elektrizität, wo es nur irgend möglich ist, und von der alten Wasserkraft, die da und dort noch im Gebrauch ist, aber niemals die Bedeutung und den Wert für die Betriebe wie die Elektrizität hat, mehr und mehr abzugeben.

Es ist bedauerlich, daß die Verwaltung es bis jetzt vielfach unterließ, die Staatswerke an den großen Verkehr der modernen Verkehrslinien anzuschließen. Wenn ich einzelne Werke sehe, wie zum Beispiel Oberreichstätt — bei Bergen und bei Weiberhammer ist es auch der Fall — wie die abseits der Bahnlinie liegen, wie man bis jetzt gar nichts getan hat, um sie direkt in den Verkehr zu bringen, wie man jedes Jahr Tausende von Mark für den Transport von Rohmaterialien und Produkten per Achse ausgibt, dann muß ich schon sagen: Wenn ein Privater so arbeiten wollte, würde er nicht in der Lage sein, seinen Betrieb nur ein paar Jahre aufrechtzuerhalten.

Die Staatsregierung hat es um so mehr in der Hand, da sie in engerer Fühlung mit der Staatsbahnverwaltung steht, nach der Richtung für das Nötige zu sorgen. Ich möchte schließlich mit einem Wort, daß einer der Gutachter, die die Staatsregierung selbst gehört hat, nach der Richtung schriftlich niedergelegt hat. Es lautet: „Der allgemeine Eindruck, den die Besichtigung der k. Bayerischen Staatshüttenwerke ergeben hat, ist als ein guter zu betrachten und ich bin überzeugt, daß bei sachverständiger Leitung, bei einer nach kaufmännischen Grundsätzen geführten Verwaltung die Hüttenanlagen zum großen Teil sehr wohl rentierbar sind.“

Herr Staatsminister von Braunig führte bezüglich der Hüttenwerke u. a. folgendes aus: Als die Staatsregierung im Finanzausschuß in die Verhandlungen über diesen Etat eintrat, herrschte bei dessen Mitgliedern ein harter Pessimismus vor. Es fehlte nicht an vielen kiefgehenden Klagen und an großer Unzufriedenheit mit der Lage der Werke. Eingehend und gründlich, darf ich sagen und wird jeder, der diesen Verhandlungen anwohnte, sagen, sind die Erörterungen gepflogen worden. Es waren für alle Beteiligten keine leichtesten Stunden.

Für die Staatsregierung war es aber doch eine Art Genugtuung, als wir aus dem Finanzausschuß unter dem Eindruck und unter der Stimmung scheiden konnten, wie sie meines Erachtens richtig heute vom ersten Diskussionsredner, Herrn Abgeordneten Helm, wiedergegeben wurden. Der Pessimismus ließ sich beseitigen und an seine Stelle trat die Hoffnung, daß da und dort, wo, wie ich unumwunden zugestehle, mit Recht Schattenseiten gefunden wurden, die Regierung mit aller Energie bessere Verhältnisse zu setzen bestrebt ist und daß die in Frage stehenden Werke in der Lage sind, im Lauf der Jahre jene Erwartungen zu erfüllen, die auf sie gesetzt werden können, wenn man die Verhältnisse betrachtet, unter denen der Staat arbeitet.

Dinge auch bei meinen Erklärungen im Ausschuß ausgegangen, um dies in Aussicht zu stellen. Ich werde bis dahin das schaffen und tun, was in einer so kurzen Spanne Zeit auf einem so weiten Gebiet zu tun möglich ist. Größere Erfolge müssen erst die Jahre zeitigen.

Wenn so manches ungünstige Urteil über die Ergebnisse der letzten Jahre 1910 und 1911, die Ihnen noch nicht genau in Rechnungsziffern vorliegen, aber doch zum Teil bekannt sind, geäußert wurde, so habe ich nicht ohne Grund betont, daß bei dem Hauptwerk, das die erste Rolle bei den Betriebsergebnissen spielt, nämlich bei dem Werk in Amberg, wir noch in einer Zeit des Uebergangs stehen.

Die großen Investitionen von Kapital, die mit Ihrer bankenswerten Bewilligung bedeutender Mittel möglich waren, können ihre Früchte erst im Laufe der Jahre bringen. Im Jahre des Baues, konnten diese Früchte überhaupt billigerweise noch nicht erwartet werden. Ich kann heute nicht umhin, zu bemerken: Wenn die Altbestände gegenüber dem Etat allerdings ein ungünstiges Ergebnis ausweisen, so ist nicht zum geringsten Teil an diesem Ausweis auch die Ueberspannung in der Etatsaufstellung mit schuld.

Bei vollständig objektiver und ruhiger Abwägung der Verhältnisse hätte man seinerzeit schon nicht die Ziffern ansehen dürfen, wie sie im Etat für 1910 und 1911 stehen und nun dazu benützt werden können, das Ergebnis in Amberg als ein besonders ungünstiges hinzustellen. Das Werk in Amberg ist einer eingehenden Besichtigung unterstellt worden, nicht von einem auswärtigen Beamten, sondern vom Direktor der Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhüttenaktiengesellschaft, also eines der größten Unternehmungen im Deutschen Reich, und dieser Direktor hat sich in folgender Weise in einem Gutachten, das er über den Zustand des Werkes in Amberg am 11. Juli 1911 abgegeben hat, geäußert:

„Infolge eines Durchbruchs des Eisens durch den Bodenstein beim ersten Hochofen wurde ein zweiter Hochofen gebaut und daran anschließend eine Röhren- und Handeltgießerei, eine Zement- und Bausteinfabrik, eine elektrische Zentrale mit Lichtgasmotoren. Meines Erachtens sind das Ausgaben, die sehr gewinnbringend angelegt sind. Die eigentlichen Selbstkosten für Roheisen sind in Amberg durchaus normal, sogar niedriger als an der Saar.

Wenn man die verschiedenen ungünstigen Verhältnisse, unter denen 1909 Amberg zu arbeiten hatte, im Betracht zieht, stehen die Amberger Roheisenselbstkosten im Einklang mit denjenigen anderer hauerischer Hütten. Deshalb kann es schon gerechtfertigt erscheinen, wenn die Roheisenproduktion wegen der Verengerung allgemeiner Kosten tunlichst hochgehalten wird. Die Amberger Gießereien stellen einen Apparat dar, der dazu angetan ist, Roheisen weiter zu verarbeiten, was die größere Unabhängigkeit Ambergs und einen großen Schritt zur weiteren Zentralisation der Hüttenbetriebe darstellt.

Wenn ich in der Errichtung der Gießerei eine natürliche Weiterentwicklung für die Amberger Produktion erblicke, da vorderhand die Stahlerzeugung ausgeschlossen ist, so muß ich die Zement- und Bausteinfabrikation als eine die Roheisenselbstkosten verbilligende Verwertung der Abfallprodukte betrachten, was jedenfalls seine Früchte tragen wird. Endlich ist man durch Schaffung einer elektrischen Lichtgaszentrale bestrebt, den eigenen Brennstoff, den der Hochofen liefert, besser auszunützen und dadurch Kosten zu sparen.“

Damit dürfte der Zustand des Amberger Werkes auch nach dem Gutachten eines kaufmännischen Direktors eines der größten deutschen Betriebe als ein solcher hingestellt sein, daß er als gut bezeichnet werden kann. Die übrigen Hüttenwerke Bergen, Bodennöhr, Bodennöhr, Oberreichstätt und Weiberhammer haben wohl, was die Betriebsverhältnisse anlangt, auch was die Anlage selbst betrifft, am meisten Beachtung erfahren. Ich habe schon bei meiner ersten Budgetrede in diesem Hause angedeutet, daß ich erwägen werde, ob all diese kleineren Werke nach im Interesse des Staates erhalten werden können.

Ich habe damals schon erhebliche Zweifel hierüber gehabt und habe diese im Ausschuß wiederholt. Wesentlich mitbestimmend für die Erhaltung dieser Werke ist die Rücksichtnahme auf die Arbeiterzahl und die Bevölkerung. Ein emporstrebendes Werk ist unser Werk Sonthofen und ich will nur hoffen, daß die Erwartung, die ich von ihm hege, im Lauf der Jahre sich mehr und mehr erfüllen werden.

Bevorstandet wurde namentlich auch, daß sich der Staat in den genannten Werken mit den Einrichtungen im Rückstand befinde. Ich gebe das vollständig zu. Ich gebe auch zu, daß man mit alten Maschinen und schlecht ausgenützten Wasserkräften nicht mit der modernen Industrie konkurrieren kann. Allein, es war bisher nicht möglich, für all diese Werke gleichzeitig eine so durchgreifende Verbesserung in Angriff zu nehmen, wie das für Amberg geschehen ist. Sofern man die Beibehaltung dieser Werke ernstlich ins Auge fassen kann, werde ich nicht unterlassen, unter Anforderung der entsprechenden Kredite sehr bald zu tun, was vom kaufmännisch-wirtschaftlichen Standpunkt aus notwendig ist.

Die Arbeiterfragen kamen am 11. und 12. Oktober im Landtag zur Behandlung. Die Berichterstattung hatte Abg. Seld. Au Bezügen für nicht etatsmäßige Betriebsbeamte, Betriebsbedientete und Betriebslöhne sind im ganzen 4 924 650 Mark gefordert. Der Referent des Ausschusses sagte: eine angemessene Erhöhung der Löhne bei den Arbeitern lasse sich nicht vermeiden.

Sichtlich der Arbeitszeit werde in den vorliegenden Petitionen durchwegs die Einführung der Achtstundenschicht für die Arbeit unter Tag verlangt unter Einrechnung der Gebetszeit, des Ein- und Ausfahrens. Ein Blick auf die Unfallstatistik zeige allerdings, daß da, wo am längsten unter Tag gearbeitet werde, die meisten Unfälle vorkämen, wie andererseits feststehe, daß bei knapperer Zusammenraubung der Arbeit vielfach Vorzügen geübt werde. Da eine entsprechende Arbeitszeit auch im Interesse der Familie liege, solle die Arbeitszeit so geregelt werden, daß diesen drei Faktoren, Unfallstatistik, Familie und Arbeitsleistung, Rechnung getragen werde.

Im allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Interesse wäre es sehr zu erwägen, ob nicht am Samstag die Arbeit früher beendet werden könnte. Beim Hochofen Amberg habe man bei diesen doch außerordentlich schwierigen und gefährlichen Arbeiten noch die zwölfstündige Schicht, die wohl durch eine achtstündige in drei Abteilungen ersetzt werden könnte, wenn auch einige Arbeiter mehr notwendig werden. Außerordentlich peinlich habe ihn berührt, daß vielfach über das notwendige Maß hinaus Sonntagsarbeit ge-

leistet werden müsse. Wenn der Staat auf irgend einem Gebiet vorbildlich sein solle, müsse er es hier sein.

Auch über den Urlaub beständen lebhafte Klagen. Es sollte schon in jüngeren Jahren ein längerer Urlaub gewährt werden. Unzufrieden sei man auch mit der Behandlung. Manche Vorgesetzte titulieren die Leute mit Namen, die nur in dem Verfall eines zoologischen Gartens gefunden werden könnten. Leute, die als mittlere Beamte fungierten, sollten sich eines solchen Vorgehens schämen und er wünsche, daß auch die Staatsregierung ein offenes Wort hierüber nach außenhin spreche.

Nicht minder scheine es mißsam auf dem Gebiete der Bekleidung zu sein. Selbstverständlich müsse in einem Betrieb unbedingt Disziplin herrschen; jedoch würden Freiheitsstrafen um Lappalien willen ausgesprochen, die zu den Verfehlungen selbst in keinem Verhältnis ständen.

In Anbetracht der Klagen über die Unkündbarkeit der Arbeiter, speziell in Amberg, solle den Arbeitern die Erbanung eines eigenen Heims möglichst erleichtert und sollten die Prämien auch dann gewährt werden, wenn ein Arbeiter nicht aus ararialischem Grund, sondern auf seinen eigenen oder fremden Grund und Boden sich ein Haus bauen wolle.

Ueber die Knappschaffsverhältnisse werde er sich an dieser Stelle nicht äußern, nachdem er in Erfahrung gebracht habe, daß die Staatsregierung mit dem Gedanken umgehe, das gesamte Knappschaffswesen von Grund aus neu zu regeln. Er frage deshalb die Staatsregierung, ob das, was ihm mitgeteilt worden sei, den Tatsachen entspreche.

Sichtlich der Arbeiterausschüsse werde in den Petitionen darauf hingewiesen und gesagt, daß vielfach Anordnungen getroffen würden, ohne daß die Arbeiter in der statutenmäßig notwendigen Weise gehört würden. Auch hätten manche Gruppen von Arbeitern nicht die Möglichkeit einer Vertretung im Ausschuß, was doch im Interesse der Verwaltung selbst liege.

Der Herr Referent schloß sich im allgemeinen den Bemerkungen des Referenten an. Auch er wünsche, daß angestrichen der schweren Arbeit den Leuten alle möglichen Erleichterungen zugebilligt würden, abgesehen von angemessenen Löhnen, auch eine mögliche Verkürzung der Arbeitszeit und selbstverständlich auch eine entsprechende würdige Behandlung. Die sehr rege Diskussion erstreckte sich auf die einzelnen Punkte, die von den beiden Referenten vorgetragen wurden. Sie wurden fast durchwegs auch als Forderungen von den einzelnen Diskussionsrednern erhoben. Nach einer anderen Richtung, insbesondere in Bezug auf die Behandlung und das Wohnwesen und nicht zuletzt in Bezug auf die Lohnforderungen wurden von einer Seite weitergehende Ansprüche geltend gemacht.

Nach dem Bericht des Abg. Seld bemerkte der Herr Staatsminister: Gegen Braute, die es an der Behandlung der Arbeiter, und gegen Werks- und Betriebsleiter, die es an der nötigen Kontrolle des unmittelbar dem Arbeiter vorgelegten Aufsichtspersonals fehlen ließen, werde er unaufschuldig vorgehen. Eine humane Behandlung der Arbeiter müsse er schon vom allgemeinen menschlichen Standpunkt aus verlangen. (Fortsetzung folgt.)

### Aus der Arbeiterbewegung.

**In Sachen des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager** ist Sonntag, den 10. November durch die deutschen Bischöfe eine päpstliche Enchirika veröffentlicht worden. Wir nehmen einstweilen lediglich von der Tatsache Notiz. An den Dresdener Verhandlungen über den Gewerkschaftsstreit und den diesbezüglichen Beschlüssen wird auch durch diese neueren Vorgänge nichts geändert.

### Erfolge der Hausagitation.

„Wir haben schon alles versucht, es nützt nichts; bei uns ist es unmöglich, Fortschritte zu erzielen.“ So und ähnlich lauten die Ausreden derjenigen Ortsgruppen, die keine Erfolge aufzuweisen hatten. Daß es doch möglich ist, selbst unter den widrigsten Umständen, die Organisation zu stärken, beweist der Erfolg, den die Ortsgruppe Duisburg-Baar an einem der letzten Sonntage erzielt hat. Die Voraussetzungen für eine günstige Mitgliederentwicklung sind in dieser Gruppe nicht die besten. Das Gros der Arbeiter ist auf der Hütte Phönix, einem Betriebe, der mehr als 5000 Arbeiter zählt, beschäftigt. Klein- und Mittelbetriebe, die der agitatorischen Betätigung in der Regel größere Erfolge bringen, fehlen gänzlich. Die Fluktuation der Arbeiter ist bedeutend. Die meisten Zugehenden sind Polen, die uns nur wenig Zuneigung entgegenbringen. Die ansässigen Arbeiter sind — wie das meistens bei Hüttenarbeitern der Fall ist — sehr indifferent. Das Schlimmste aber ist, daß Bestmisten in der Ortsgruppe die Oberhand gewannen. Statt zu arbeiten, wurde viel über die Schwierigkeiten geklagt. Wen will es da wundern, daß die Aufnahmeziffer der Gruppe unter dem Durchschnitt blieb?

Die einsichtigen Kollegen aber waren endlich des Klagens müde und drängten zur Tat. Die Notwendigkeit der Durchführung der so verpönten Hausagitation wurde allmählich von einer größeren Zahl Kollegen anerkannt. Man schritt nun von den Erwägungen — zur Tat. Nach den entsprechenden Vorbereitungen versammelten sich an einem der letzten Sonntagnachmittage 18 Kollegen zur Hausagitation. Der Erfolg war: in zwei Stunden 19 Aufnahmen. Bedarf es noch eines Beweises dafür, daß die Hausagitation die erfolgreichste Werbemethode ist? Hoffentlich spornt dieser Erfolg unsere Ortsgruppen an, die Hausagitation in den nächsten Wochen überall systematisch durchzuführen. Unsere Lauerer Freunde werden es bei dem Erreichten natürlich nicht bewenden lassen, sondern recht bald zum zweiten und dritten Vorstoß ausholen.

### Rundschau.

Die finanziellen Ergebnisse der deutschen Maschinenbau-Aktiengesellschaften werden im Austrage des Vereins deutscher Maschinenbau-Institute, seit einer Reihe von Jahren von Dipl.-Ingenieur E. Werner-Berlin wissenschaftlich untersucht. Das Ergebnis für das Jahr 1911 liegt nach der Ab-

Ztg. jetzt vor. Da uns die Untersuchungen nicht vorliegen, müssen wir uns auf die Angaben des genannten Blattes beschränken.

Danach sind in der Untersuchung für 1911 „alle diejenigen Bilanzen von Maschinenbau-Aktiengesellschaften berücksichtigt, die im Kalenderjahr 1910 zum Abschluss gelangt sind. Von der Untersuchung sind alle Aktiengesellschaften erfasst, die als Zweck ihres Unternehmens die Herstellung von Maschinen angeben, einfluss, der Schiffbau-Anstalten und Schiffschneiderei, während alle diejenigen Aktiengesellschaften, welche Eisenkonstruktionen, Eisenbahnmaterial, Eisenbahnwagen usw. herstellen, die nur Handel mit Maschinen betreiben, die neben dem Maschinenbau in erheblichem Maße andere, mit dem Maschinenbau nicht zusammenhängende Betriebe (z. B. Bergbau, Eisenschmelzindustrie usw.) aufweisen, Aktiengesellschaften in Liquidation oder Konkurs und solche, bei denen keine oder nur unvollständige Bilanzen vorliegen unberücksichtigt geblieben sind. Auf diese Weise sind 261 Gesellschaften mit einem gesamten nominellen Aktienkapital von 461 Millionen Mark erfasst worden. Wie wir der statistischen Untersuchung entnehmen, betrug das tatsächlich von den Aktionären eingebrachte Aktienkapital 811 Millionen Mark und stellte sich daher im Gesamtdurchschnitt um 1,26 Mal höher als das nominelle Aktienkapital. Was die im Jahre 1911 gezahlten Dividenden betrifft, so hatten von den 641 Millionen Mark nominellen Aktienkapitals 102 Millionen Mark keine Dividende, 67 Millionen Mark 4 v. H., 31 Millionen Mark 5 v. H., 73 Millionen Mark 6 v. H., 19 Millionen Mark 7 v. H., 96 Millionen Mark 8 v. H., 44 Millionen Mark 9 v. H. und 46 Millionen Mark 10 v. H. Dividende. Setzt man im Gesamtdurchschnitt die Dividende im Verhältnis zum nominellen Aktienkapital der dividendenzahlenden Gesellschaften, so ergibt sich für das Jahr 1911 eine Zunahme der Rentabilität von 8,1 v. H. (1910) auf 8,2 v. H. Aus den Untersuchungen Werners lässt sich im Hinblick auf die Ergebnisse der früheren Jahre sagen, daß das Jahr 1911 wirtschaftlich besser abgeschlossen hat als das Jahr 1910, es weist auf bessere Ergebnisse auf als die Jahre 1909 und 1908. Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt sich auch in der größeren Zahl der dividendenzahlenden Gesellschaften.“

Diese Angaben geben kein erschöpfendes Bild von der Rentabilität des Maschinenbaues. Die Dividendenziffer ist dafür überhaupt nicht geeignet. Sollte vollständige Klarheit herrschen, dann müßte zur Ermittlung der durchschnittlichen Rentabilitätsziffer der absolute Reingewinn auf das Unternehmungskapital (dividendenberechtigtes Aktienkapital plus echte Reserven) verteilt werden.

Neutralität des Genossenschaftswesens in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hat der Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften verlangt und aus diesem Gesichtswinkel heraus die Verbindung mit dem Hamburger Zentralverband deutscher Konsumvereine, wegen dessen enger Koalierung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei abgelehnt.

Es war vorauszusetzen, daß diese klare Stellungnahme von den Interessenten auf sozialdemokratischer Seite mit der „Zersplitterung“ beantwortet werden würde. Prompt stellt sich denn auch die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Organ des Hamburger Verbandes, mit einem darauf abzielenden Vorwurf ein. „Gewisse Personalkontingenzen“, so schreibt Johann das genannte Organ zu seiner Rechtfertigung, „sind im öffentlichen Leben, wie jeder Praktiker weiß, unvermeidlich. Sie kommen überall vor, und verständige Menschen stoßen sich an sie nicht. Wer aus ihnen so unzulässige Schlüsse zieht, wie es offenbar in der vom christlichen Gewerkschaftskongress angenommenen Resolution geschieht, setzt sich dem Verdacht aus, daß er die Rolle des Mannes spielt, der selbst hinter dem Busche gesehen hat.“

Der Mann, der das geschrieben hat, ipseultiert etwas zu stark auf eine glücklicherweise nicht mehr vorhandene Naivität der christlichen Arbeiter. Die letzteren sind durch die Tatsachen zu ihrer Stellungnahme gedrängt worden. Den Gipfel erkennt das Hamburger Organ aber mit dem Hinweis auf die Freundschaft der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, „deren Mitglieder in der Mehrzahl politisch den Liberalen zuneigen“. Was sagen denn in Wirklichkeit die liberalen Arbeiter von der Entwicklung der Hamburger genossenschaftlichen Vereine? Der bisherige Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsführer E. F. Lenz charakterisierte in Nr. 36 der Raumann'schen „Silber“ das Verhalten der Sozialdemokratie in diesen Vereinen wie folgt:

„Sie beherrschen die Verwaltung, aber sie haben auch den Willen zur Macht und ruhen nicht, bis sie die Verwaltung haben. Wieviel Tausende liberaler Arbeiter, Beamte oder Bürgerleute haben Konsumvereine gegründet, gut verwaltet, hochgeachtet und wurden eines Tages kalten Blutes abgeklärt. Nähme man sich die Zeit, darüber mal nachzuzufragen, so würden die besten und größten Vereine von diesen Erlebnissen erzählen müssen. Und so geht es bis zur Stunde.“

Ähnliche Erfahrungen haben die christlichen Arbeiter gegen die Neutralitätsbezeugungen der Hamburger Zentrale mitgeteilt gemacht. Sie müssen auch hier eigene Wege gehen, wenn sie nicht die Bestrebungen der Sozialdemokratie indirekt fördern wollen.

Gegen die Resolution des Dresdener Kongresses zur Konsumvereinsfrage wendet sich auch der Vorstand und Verwaltungsrat des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereine in einer in der Tagespresse veröffentlichten Erklärung. Die Mitglieder der katholischen kaufmännischen Vereine hätten, so heißt es darin u. a., die christlichen Gewerkschaften nach Möglichkeit gefördert, umso mehr bedauerten sie, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Einbeziehung der Konsumvereinsidee in ihr Programm über ihr gewerkschaftliches Aufgabengebiet hinausgegangen wären. Die Konsumgenossenschaft könne das Einkommen der Arbeiter keineswegs langfristig erhalten, weil der Konsumverein nicht billiger verkaufen könne wie der Einzelhändler. Die Konsumgenossenschaftsbewegung sei in ihrer Wirkung nichts anderes wie ein Wegbereiter der Sozialdemokratie, deshalb schlossen sich christliche Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft grundsätzlich aus. — Gegenüber diesen Vorwürfen, sei kurz hervorgehoben:

Darüber, was die christlichen Gewerkschaften auf ihren Kongressen beschließen sollten, beziehungsweise was zu ihrem Aufgabengebiet gehört und mit ihrer Grundidee zu vereinbaren ist, befinden die christlichen Gewerkschaften selbst und können sich am allerwenigsten von anderen wirtschaftlichen Interessengruppen Meinungen erlauben oder Vorurteilen machen lassen. Denn ist es aber auch unzutreffend, daß die christlichen Gewerkschaften erst in Dresden die Konsumvereinsidee in ihr Programm aufgenommen hätten. Schon der Münchener

Kongress der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1902 behandelte in der Konsumvereinsfrage für eine ähnliche Entscheidung wie die von Dresden. Auch das Ausspielen christlicher Gewerkschaftsmitglieder gegen den Dresdener Beschluß durch eine in dieser Frage sich betrossen fühlende Interessengruppe ist völlig deplaziert.

In Zeiten der Teuerung, wie gegenwärtig, wo sich Resierungen und Gemeinden zu löblichen Maßnahmen angewungen sehen, und wo weiter feststeht, daß seit 1907 die Lohnkurve mit der Teuerungskurve nicht gleichen Schritt gehalten hat, unter es doppelt sonderbar an, der Konsumvereinsbewegung jede Einwirkung auf die Preisgestaltung abzusprechen und sie überhaupt als unangenehm abtun zu wollen. Mit Vertretern der extremen Mittelstandsbewegung, wie sie augenscheinlich bei der Abfassung vorerwähnter Erklärung mitgewirkt haben, ist eine sachliche Auseinandersetzung und Verständigung über die Konsumvereinsfrage nun einmal nicht möglich; deshalb werden wir uns mit den bezeichneten Kreisen auf längere Diskussionen nicht einlassen.

Die Lieferung von Arbeitswilligen an bestreikte Unternehmer haben jüdische Elemente in den letzten Jahren zu einem eintägigen „Geschäft“ zu machen gewußt. Die Geschädigten sind aber nicht etwa die streikenden Arbeiter, sondern die betreffenden Unternehmer gewesen. Drastische Beweise dafür hat eine Gerichtsverhandlung vor der Hamburger Strafkammer geliefert, wo sich ein solcher Streikbrecherlieferant namens Knuth wegen Betrugs zu verantworten hatte. Gerabezu unglaubliche Betrügereien wurden da aufgedeckt.

Der Angeklagte hatte in Zeitungen inseriert, daß er jederzeit für alle Betriebe geeignete Arbeitswillige zu liefern in der Lage sei. — Aber wie? Eine Schuhfabrik in Breslau ließ sich 37 „Schuhmacher“ liefern, von denen nur 2 von der Junii, die übrigen nicht verwendbar waren. Eine Stockfabrik in Bürgel bei Eisenbach ließ sich 46 Streikbrecher senden, von denen 36 absolut unbrauchbar waren. In einem dritten Falle handelte es sich um die Lieferung von 50 arbeitswilligen Metallarbeitern an eine bestreikte Wagenfabrik in Stolp. Alle diese Leute waren gänzlich unbrauchbar und mußten ohne Säumen wieder abgeschoben werden. Es wurde eine protokolllarische Befragung dieses Angeklagten verlesen, woraus hervorging, daß die ihm vom Angeklagten gesandten Leute sehr bedenkliche Elemente gewesen seien, darunter richtiges Gejändel! Der Zeuge berechnete den ihm durch Knuths Lieferung angefügten Schaden auf rund 1000 Mark. Der Schaden in den anderen Fällen wurde mit zusammen 1500 Mark angegeben. Ein früherer Angeklagter Knuths bekundete, verschiedentlich seien die angeworbenen Leute veranlaßt worden, sich neue Fingerringe zu beschaffen, und in diese hätten sie dann gerade die Berufsbezeichnung eintragen lassen, die dem jeweiligen Lieferungsanspruch entsprach. Ein anderer Zeuge sagte, sein Sohn sei Viehwärter, die ihm verschaffte neue Karte habe ihn aber als „Schuhmacher“ ausgewiesen. Das Urteil lautete wegen vorerwähnter Betrugs in acht Fällen auf acht Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. — Hoffentlich werden diese gerichtlich aufgedeckten Praktiken der Streikbrecherlieferanten die Unternehmer vorichtiger machen und ihnen zur Erkenntnis verhelfen, daß sie besser fahren, bei auftauchenden Differenzen mit ihren eingeschuldeten Arbeitern eine Verständigung zu suchen, statt sich mit zweifelhaften Elementen einzulassen und nachher zum Schaden auch noch den Spott zu haben.

Ein trauriger Fall von sozialdemokratischem Terrorismus hat sich, wie wir im „Silbesheimer Courier“ lesen in einer Erfurter Nachrichtenfabrik zugetragen. Das Blatt schreibt darüber unterm 26. Oktober 1912: „Ein Arbeiter war aus dem sozialdemokratischen Verband ausgestiegen und hatte sich dadurch den Zorn der „Genossen“ zugezogen. Er wurde von dem roten Gewerkschaftler in der gefährlichsten Weise verfolgt: sein Arbeitsantrag wurde ihm heimlich ruiniert, geschriebene Plakate wurden ausgehängt, auf denen er in unflätiger Weise beschimpft wurde, und um das Maß voll zu machen, wurde ihm von Außenhand der Rauchtabak mit Sprengpulver vermischt. Da dieser Vorfall zugleich eine Gefährdung der Fabrik bedeutete, so wurde diese Angelegenheit der Polizei übergeben. Nach eingehenden Nachforschungen wurde nun der Schreiber der anonymen Schmähschreiben in der Person eines Schulknaben entdeckt, der angibt, daß er von seinem Vater, einem sozialdemokratischen Organisierten, zu der Untat aufgefordert wurde. Der Plakatgeber wurde verhaftet, und die Polizei hofft, nun auch dem Pulverattentäter auf die Spur zu kommen. — Also Sprengpulver im Dienste des sozialdemokratischen Terrorismus!“

Diese Schandtat reißt sich den übrigen der „großartigen Bewegung“ würdig an.

### Streits und Lohnbewegungen.

Magdeburg. Seit dem 9. Oktober stehen hier die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik Mundlos und Co. im Streit, weil die Firma sich weigert, die vor 6 Jahren festgesetzten Löhne den heutigen Verhältnissen entsprechend zu revidieren. Beteiligt an der Bewegung sind 500 Arbeiter, wogegen 150, meist ältere Arbeiter und Lehrlinge, im Betrieb geblieben sind. Die Streikenden gehören den „Freien“, S. D. und den christlichen Gewerkschaften an. Täglich vormittags 10 Uhr findet eine Streikerversammlung statt, welche regelmäßig zahlreich besetzt ist. Der Firma ist es bis jetzt noch nicht gelungen, außer 48 Einzelmänner eine nennenswerte Anzahl neuer Arbeiter zu gewinnen; Streikbrecher hatten bis jetzt nur die „Freien“ Holzarbeiter zu überzeugen, die fünf ihrer Mitglieder wegen Streikbruch ausschließen mußten.

Von den Arbeitswilligen waren nun Beschwerden wegen Belästigungen eingereicht worden und wollte die Polizei die Täter ausfindig machen. Zu diesem Zweck wurde nun am Donnerstagmorgen das Lokal, in welchem die Streikerversammlung stattfand, von einem starken Polizeiaufgebot umstellt und dann die sämtlichen Anwesenden über 400 Personen, für verhaftet erklärt.

Diese ganze Menschenmasse wurde nun in drei Kolonnen eingeteilt und unter starker Bedeckung zum Polizeiamt geführt, wo die Arbeitswilligen die Täter bezeichnen sollten. Circa 20 wurden nun als solche bezeichnet, die abfällige Beurteilungen gemacht haben sollten, was diese entschieden bestritten. Die nicht bezeichneten wurden sofort entlassen, wogegen die übrigen zum Teil bis abends 8 Uhr festgehalten wurden und in stiller Zelle über die Ehre der Arbeitswilligen Betrachtingen anstellen konnten. Es dürfte wohl das erste Mal sein, daß eine so große Anzahl Männer wegen einer so geringfügigen

Sache verhaftet und vorgeführt worden sind. Durch dieses Vorgehen ist der Mut der Streikenden nicht gebrochen, vielmehr wurde in der Freitagssversammlung einstimmig beschlossen, im Streit auszuharren, da die Firma die minimalen Forderungen sehr wohl bewilligen kann.

Eine Episode aus der Donnerstagssversammlung verdient ebenfalls mitgeteilt zu werden. In dieser Versammlung erloschen einer von den „Hinkmännern“ und übergab dem Streikkomitee einen Brief seiner Frau, worin diese ihren Mann aufforderte, sofort nach Berlin zurückzuführen, da die Wäsche, die er nach Hause gesandt hätte, voll ungeziefer sei. Der Mann stellte dann auch fest, daß der Unterkunftsraum der Arbeitswilligen von Parajiten überfüllt ist, worüber man sich nicht wundern kann, wenn man bedenkt, daß in einer engen Kutschermohung 30 Männer auf Strohsäcken schlafen müssen, da die Firma sie nicht aus dem Betrieb herausläßt. Der Mann forderte nun seine Entlassung und verlangte auch, daß die für jeden Arbeitstag eingehaltene Garantie von 1 Mark ausbezahlt werde. Die Firma verweigerte die Auszahlung und wird der Arbeiter Klage beim Gewerbegericht erheben. — Das kann eine „lausige“ Verhandlung werden.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls „Alte die Warnung vor dem Zugzug fort.“

**Berlin.** Weagen Differenzen in der Zementindustrie ist der Bezug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

**Verdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Eveting ist für Weltamwarenarbeiter gesperrt.

**W.-Gladbach.** Bei der Firma Gebr. Rembold Eisenaleherei, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

**Wachen.** Bei der Firma Paulus, Bauischloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streit.

**Düsseldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Alford- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streit: Weste & Co., Rittingsfabrik: Schmelde, Zuschläger. Gebr. Jnden, Rittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschloßerei. Sämtliche Betriebe beider Werke sind gesperrt.

**Düsseldorf.** Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Betriebsperre verhängt.

**Dortmund-Annen.** Ueber die Stahlgleiserei des Annener Fußstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Zugzug erwartet.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Moriggasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Bauischloßerei, Klempner usw. werden deshalb ersucht, den Arbeitgebernachweis zu meiden.

**Wachen u. Kollscheid.** Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

**Wenden.** Bei der Firma Schmöle & Co. stehen sämtliche Kollegen im Streit. Ca. 1400 Arbeiter sind ausgeperrt.

**Düren-Dirkensdorf.** In der Dürener Metallschmiedfabrik Rufferath & Co. stehen die Arbeiter wegen Lohnsdifferenzen im Streit.

**Osnabrück.** Die Former der Firma Brück, Kretschel & Co. stehen im Streit. — Die Drahtzieher des Kupfer- und Drathwerkes Osnabrück stehen in Kündigung.

**Wandern.** Bei der Firma H. Mundlos & Co., Nähmaschinenfabrik stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streit.

**Gevelsberg.** Bei der Firma „Bestialia“ stehen die Arbeiter wegen Herabsetzung der Alfordpreise im Streit.

**Stolberg.** Ueber die Betriebe der Firma Prym in Stolberg ist die Sperre verhängt.

**Buzug ist fernzuhalten.**

**Köln-Chrenfeld.** Der Streit bei der Gesellschaft für Flugapparate „Gefa“ ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind anerkannt.

### Belanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. November der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. November fällig.

Von folgenden Ortsgruppen war die Abrechnung vom 3. Quartal bis zum Redaktionsschluss dieser Nr. noch nicht eingegangen: Barmen, Belsheim, Braunschw. Chemnitz, Deilau, Düren, Duderstadt, Darmstadt, Euben, Euskirchen, Flensburg, Förde, Freiburg, Gelsenkirchen, Glogau, Graudenz, Großhauheim, Hanau, Hannover, Heidenheim, Heilbronn, Helmstedt, Köln, Königsberg, Lauterbach, Leer, Lebach, Lindau, Lörrach, Markkirch, Markt-Redwitz, Oberweiß, Olsberg, Pegnis, Plauen, Rheinfelden, Sinsheim, Straßburg, Strossberg, Theresienhütte, Wiesbaden, Wittenberge, Worms, Würzburg. — Die zuständigen Bezirksleiter werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Abrechnung umgehend fertiggestellt und an die Hauptkasse eingekandt wird.

**Darmstadt.** Der Schlosser Joh. Wesp ist auf Grund des § 20 Abs. 1a und b unjeres Statuts aus dem Verbandsbezirk ausgesprochen. — Alle für die Verwaltung Darmstadt bestimmten Angelegenheiten werden vorläufig durch das Bezirksbüro in Offenbach erledigt, woselbst auch Unterstützungen ausbezahlt werden.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Duisburg.** Die Quartalsversammlung unserer Verwaltungsgesellschaft fand am Sonntag, den 3. November in Ruhrort statt. Zahlreich waren unsere Kollegen zu dieser Veranstaltung herbeigekamt. Die Verhandlungen waren wie immer,

sehr sachlich und von dem Bestreben getragen, der Sache zu dienen. Der Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle im 3. Quartal war ziemlich umfangreich. Wir entnehmen ihm folgendes:

Die Konjunktur war im Berichtsquartal in der Metallindustrie günstig. In fast sämtlichen Betrieben mussten Überstunden geleistet werden. Die äußere Situation im Bezirk stand im Zeichen der Nachtlänge des Gewerkschaftsstreites. Dem inneren Verbandsleben gab die Verbandsgeneralversammlung das Gepräge. Den Gewerkschaftsstreit suchten die Gegner besonders in der Kleinagitation auszunutzen. Ihr Ziel, unsere Organisation zu schwächen, ist ihnen nicht gelungen. Das Vertrauen der hiesigen Metallarbeiterschaft zum christlichen Metallarbeiterverband ist so tief verwurzelt, daß die stärkste Hebe sich daran brechen muß. Die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung haben die Befürchtungen mancher Mitglieder zerstreut und die Bahn für die weitere Entwicklung frei gemacht. Um die Agitation neu zu beleben wurden sieben öffentliche Metallarbeiterversammlungen veranstaltet. Die Zahl der Renaufnahmen ist deshalb größer wie im 2. Quartal. Einige Ortsgruppen haben nicht mit der erforderlichen Ausdauer an der Stärkung der Organisation gearbeitet. Das 4. Quartal scheint darin einen radikalen Umschwung zu bringen. Im Monat Oktober wurden doppelt soviel Mitglieder aufgenommen, wie im Juli. Die Hausagitation wird in den meisten Ortsgruppen betrieben und die erzielten Erfolge ermutigen zu den besten Hoffnungen. In der Zahlstelle Saar haben 18 Kollegen durch die Hausagitation an einem Sonntage 19 Renaufnahmen erzielt. Die durchschnittliche Beitragsleistung ist zwar gegen das 2. Quartal gestiegen, kann aber noch nicht befriedigen. An Unterstützungen wurden rund 1800 Mark ausbezahlt. Die Mühle Witterung im Berichtsquartal hat die Krankheitsziffer der in den Hütten- und Walzwerken beschäftigten Mitglieder herabgedrückt.

Auch seinem Hauptzweck, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist der Verband gerecht geworden. Es wurden 2 Bewegungen geführt. Davon ist eine noch nicht erledigt. Die zweite brachte den Mitgliedern außer sonstigen Verbesserungen eine Lohnerhöhung von 80 Pfennig bis 1 Mark pro Tag.

Obwohl wir im Vergleich zu anderen Orten gute Verhältnisse haben, können uns diese noch nicht vollständig befriedigen. Ein Teil der Tagesbrotte läßt uns nicht immer die notwendige Unterstützung angeben. Die farblose Presse verlagert vollständig. Ihre Haltung schwankt hin und her, je nachdem es ihre Geschäftsinteressen ratam erscheinen lassen. Andere Zeitungen bringen wohl allgemeine Artikel über unsere Bewegung. Mit einer Ausnahme unterlassen sie es aber, bei Differenzen mit den Unternehmern ihren vollen Einfluß in die Waagschale zu werfen. — Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der äußerst lebhaften Diskussion wurde eine stärkere agitatorische Betätigung der Mitglieder und eine Befundung der Presseverhältnisse als notwendig bezeichnet.

Kollege Redakteur Kraus, der als Delegierter am Dresdener Gewerkschaftskongress teilgenommen hat, hielt dann einen interessanten Vortrag über den Verlauf des Gewerkschaftskongresses. Redner hob scharf die Gesichtspunkte hervor, die der Dresdener Tagung das besondere Gepräge gaben. Der Beifall bewies, daß die Versammlung mit der Stellung und den Arbeiten des Kongresses einverstanden war. Nach einem kurzen Schlusssatz des Vorsitzenden und der Aufforderung das Gehörte in die Tat umzusetzen, wurde die Versammlung geschlossen.

Kun, Duisburger Kollegen, nicht Worte, sondern Taten müssen die nächsten Wochen bringen. Hunderte neuer Kollegen müssen im 4. Quartal gewonnen werden. Die Vorbereitungen zu einer erfolgreichen Hausagitation sind getroffen. Es gilt diese durchzuführen. Am Jahreschluss werden die Erfolge jeder Ortsgruppe in unserem Organ veröffentlicht werden. Aber auch solche Zahlstellen, die nicht ihre Pflicht getan haben, werden der Öffentlichkeit übergeben werden. Jeder einzelne Kollege muß seine ganze Kraft in den Dienst der Agitation stellen, dann wird auch das letzte Quartal des laufenden Jahres uns bedeutende Erfolge bringen.

Barmen. Vor kurzer Zeit haben wir hier selbst ein Flugblatt verbreitet, mit dem Titel: Der wahre Charakter der gelben Werkvereine. Das war ein Schlag ins Kontor der „Gelben“. In Nr. 15 des hiesigen gelben Blättchens, „Der Wuppertaler Werkverein“, der unter Auschluss der Deffentlichkeit erscheint, glaubt nun ein Skribijar über den christlichen Metallarbeiterverband herfallen zu müssen. Er schreibt: In dem Flugblatt wären wieder einmal die längst bekannten Aussprüche von Kommunistenrat Manz-Hamberg, Marinobeamtenführer Vinde u. a. über die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung angeführt, die für keinen vernünftigen Menschen maßgebend sind, weil sie eben die Privatmeinung einzelner Personen seien und vor einer Reihe von Jahren getan wurden, als über die Ziele der „Wirtschaftsfriedlichen“ noch recht unklare Meinungen herrschten.

Wenn das zutreffend wäre, würde heute die Ansicht dieser Personen mehr denn je zutreffen, weil die „Gelben“ sich als das entwickelt haben, was sie sind: „Arbeitswilligenvereine von Unternehmern-Gnaden.“ Die zitierten Aussprüche liegen aber nicht jahrelang zurück, sondern sind neueren Datums. Herr Marinobeamtenführer Vinde z. B. schildert seine Erfahrungen mit den Gelben in Nr. 30 vom Jahre 1912 des „Arbeiterboten“, Organ der evangelischen Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen. Auch das Urteil des Rgl. Schöffengerichts in Nürnberg, welches die Mitglieder der Gelben zutreffend als „Heuchler und Kriecher“ bezeichnet, ist im Jahre 1911 gefällt worden. Der Artikelschreiber im gelben Blättchen schreibt: „Wir“ würden gegen die christlichen Gewerkschaften verächtliches und noch weit erwidertes Material ins große Ringen ins Treffen führen können. — Nun, sehr verehrter Artikelschreiber, warum machen „Wir“ dieses denn nicht? Wohl deshalb, weil's mit diesem „Material“ recht windig aussieht.

Als Kronzeuge für die Verderbtheit der „Christen“ rufen „Wir“ dann den Papst auf. — Sehr verehrter und gelber Herr „Wir“! Haben Sie noch nie etwas vom sogenannten Gewerkschaftsrecht gehört? Haben Sie die ganze Zeit geschlafen? Dann ist es Zeit, daß Sie aufwachen. Allerdings, bei der Tätigkeit, die „Wir“ zu entfalten hat, kommt der Schlaf von selbst. Deshalb ist auch wohl das Büro der Gelben in der Wasserstraße stets geschlossen, damit „Wir“ schlafen kann.

Die christlichen Gewerkschaften lassen sich von Außenstehenden nicht in ihre Angelegenheiten hineinreden und hineinregieren. Wohl aber dirigieren die Unternehmer die „Wirtschaftsfriedlichen“, und damit das in vollen Maße geschehen kann, sorgen

die „Wir“ für die Gehirnerkennung der gelben Mitglieder, damit diese nicht zum Nachdenken kommen. Sehr unangenehm war den gelben Traghiefern die Feststellung in dem Flugblatt des christlichen Metallarbeiterverbandes, daß die gelben Werkvereine auf die finanzielle Unterstützung der Unternehmer angewiesen sind, um existieren zu können. „Wir“ sucht diese unangenehme Feststellung zu parieren durch eine unverkämte Vergevaltigung der Wahrheit. Er schreibt:

„Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, es ist wohl gerade zur Genüge bekannt, daß den „Christen“ selbst jahrelang ansehnliche Summen aus Unternehmerkreisen zugeflossen sind.“

Wenn der gelbe Artikelschreiber noch darauf Anspruch macht, einen Funken Ehrgefühl zu besitzen, dann mag er die gemeine Verächtlichkeit mit Tatsachennaterial belegen. Es wird ihm nicht möglich sein, für diese Unwahrheit auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. „Wir“ handelt also hier nach dem roten Rezept: „Nur feste drauf los geschwindelt, es bleibt doch immer etwas hängen.“ Das kennzeichnet den Mann und die von ihm vertretene Sache zur Genüge.

In seinem Artikel benützt „Wir“ dann ferner die Leistungsfähigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes. Nun, die ist doch in dem Flugblatt zahlenmäßig nachgewiesen. Wo ist demgegenüber die Leistungsfähigkeit der gelben Werkvereine? Sie besteht in der Gründung von Turn- und Gesangsvereinen, Abhalten von Festlichkeiten und Auszügen und darin, daß man die Mitglieder entzweiet und zu Slavenseelen erzieht.

In dem gelben Geschwafel wird dann der Anschein zu erwecken gesucht, als ob die „Gelben“ in „gewerkschaftlicher Beziehung“ für das Wuppertal etwas bedeuten. Die „Gelben“ sind ja gar keine „gewerkschaftlichen Organisationen“, das wurde schon im Jahre 1909 auf dem christlichen Gewerkschaftskongress vom Staatsminister Freiherr von Verkerch ausdrücklich betont. Laß eine faun dem „Wir“ verraten werden, daß der christliche Metallarbeiterverband auch im Wuppertal den „Gelben“ noch manche harte Nuß zu knacken geben wird und daß er sich durch das Geschwafel der gelben Sozialfreier nicht davon abhalten lassen wird, Aufklärung über den wahren Charakter der gelben Werkvereine in die Massen zu tragen. Doch eine Frage: „Wieviele Mitglieder würden die „Gelben“ wohl im Wuppertal haben, wenn die Arbeiter nicht in die Werkvereine hineingepreßt würden?“

Da wird von Seiten der Gelben über Terrorismus geschwafelt und dabei steht fest, daß jetzt, wo im Wuppertal die Konjunktur nicht die beste ist, man in den Betrieben, wo gelbe Werkvereine sind, den Arbeitern zu verstehen gibt: „Entweder gelb oder kein Brot!“ Eine Bewegung, die mit solchen Gewaltmitteln aufgekoppelt wird, kann keinen Bestand haben und wird wieder verschwinden. „Kirchhofsfriedliche Arbeiterbewegung“ wäre die richtige Bezeichnung für die Gelben. Aber die gelben Macher werden sich überzeugen müssen, daß ein „Kirchhofsfriede“ nicht die soziale Klust, die Arbeiter und Arbeitnehmer trennt, überbrücken kann, sondern nur eine selbständige, zielbewußte Arbeiterbewegung, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung sie darstellt.

Danzig. Wir berichteten in Nr. 28 schon, daß unser Kollege Rudolf Vornowick am 2. Juni d. J. von dem sozialdemokratischen Verbändler Hans Lempke ohne jeden Grund mündlich überfallen und mit einem Messer über den Kopf gestrichelt wurde. Der Kollege war drei Monate arbeitsunfähig. Der sozialdemokratische Rohling hatte sich dieserhalb am 10. Oktober vor dem Schöffengericht in Danzig zu verantworten. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Mordverdachts sofort verhaftet. Bezeichnend ist, daß der verurteilte Fanatiker nach der roten Tat noch von der sozialdemokratischen Danziger „Vollwacht“ in Schutz genommen wurde. In einer diesbezüglichen Polemik mit dem „Westpreussischen Volksblatt“ redet das Sozialistenorgan von einem „schändlich verkommenen Arbeiter“ — der aber nun für seine Verirrung der „Brüderlichkeit“ 9 Monate hinter die schwebenden Gardinen muß, trotz Schutz und Schirm seines Leitorgans.

Duisburg-Ortsverwaltung. Um die Verwaltung zu erleichtern, müssen die Vertrauensmänner in Zukunft spätestens bis zum 2. jeden Monats abrechnen. Alle Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge eine Woche im Voraus zu entrichten, damit die Vertrauensmänner ihren Verpflichtungen nachkommen können.

### Literarisches.

Wirtschaftspolitische Tagesfragen. Heft 1: Die Zweckmäßigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Agrar- und Eisenzölle gr. 8 (30) 20 Fig., postfrei 25 Fig. Heft 2: Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes, gr. 8 (24) 20 Fig., postfrei 25 Fig. M.-Glabbach 1912, Volksvereinsverlag GmbH.

Die augenblicklich aktuelle Frage der Fleischsteuerung hat neuerdings das ganze Problem unserer Lebensmittelversorgung aufgerollt. In dieses Licht zu bringen das vorstehend angezeigte Heft 2 der „Wirtschaftspolitischen Tagesfragen“. Untersucht werden die hauptsächlichsten Gründe, die zum Anziehen der Lebensmittelpreise vornehmlich im letzten Jahrzehnt geführt haben, und erörtert die Maßnahmen, die von den in Betracht kommenden Faktoren hinsichtlich einer besseren Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln zu treffen sind. Eng zusammen hängt die Frage unserer Lebensmittelversorgung mit unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Hat sich diese im Verlauf der letzten 35 Jahre bewährt, und wie weit ist sie in Zukunft beizubehalten? Das ist die Frage, die das 1. Heft der „Wirtschaftspolitischen Tagesfragen“ zu beantworten sucht, und zwar an dem Beispiel der Agrar- und Eisenzölle. Mit der neuen Serie: „Wirtschaftspolitische Tagesfragen“, kommt der Volksverein einem Bedürfnis entgegen, da die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Schulung sich neben der sozialpolitischen immer mehr geltend macht.

### Briefkasten

Kollege A. Nürnberg. Dein Artikel traf statt Samstag früh erst mit der Sonntagspost ein. — Kollege B., Köln, und an drei: Einwendungen wegen Stoffandrang für die nächste Nummer zurückgestellt. — An viele: Umfangreichere Zuschriften fürs Verbandsorgan sollen möglichst frühzeitig abgeant werden; gehen solche erst im Laufe des Samstags oder gar Montags ein, so müssen sie in den meisten Fällen für die folgende Nr. zurückgestellt werden.

### Sterbetafel.

†  
Schweizer. Am 18. Oktober starb unser treuer Kollege Anton Vogel an Gehirnentzündung im Alter von 58 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Verkündet ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Freitag, den 15. November.
- Düsseldorf-Bergstr. Abends 9 Uhr bei Wegener.
  - Samstag, den 16. November.
  - Angsburg. Vert. in der „Schilkehalle“, Wichtige L.-D. Volkshaus, großes Erdbeeren notwendig. Judifizierung mitbringen.
  - Bremen. Abends 8.45 Uhr im Casino, Dillstr. 1.
  - Erfeld-Elektronente. Abends 9 Uhr in der Reichshalle.
  - Dortmund-Selm. Abends 8.30 Uhr bei Bant.
  - Dortmund-Mann. Abends 8.30 Uhr bei Baumann.
  - Düsseldorf-Wilfriedstraße. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Alfterallee, Ecke Kronenstraße.
  - Düsseldorf-Silben. Abends 9 Uhr bei Prinz, früher Seuchtenberg, Kaiser Wilhelmstraße.
  - Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weinmarktlichen Hof.
  - Silbe-Bestern. Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Keller.
  - Eisen, Ost- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rottstraße 19, öffentliche Versammlung.
  - Eisen-Rettwig. Abends 9 Uhr bei Bachmüller.
  - Eisen-Sieele-Krab. Abends 8.30 Uhr bei Seebot.
  - Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gaubertstr. 7, Schiffstraße 7.
  - Hamburg. Abends 8.30 Uhr bei Dufenschied, Tschirstraße 97.
  - Höln-Deut. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freilichtstraße 19.
  - Höln-Stadt. Abends 9 Uhr zur Matzmühle, Neumarkt 18.
  - Höln-Sumboldt-Kolonia. Abends 8.30 Uhr bei Gull, Wattstraße.
  - Mittel-Barmen. Abends 9 Uhr bei Undermann, Oberbörnerstr. 60.
  - Mülke. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenthal, Wörderstraße.
  - Nadolszell. Abends 8.30 Uhr Vert. mit Vortrag. Würtliches Erdbeeren Bldsch.
  - Neacusburg. Abends 8 Uhr in der Jakobierkirche.
  - Zutgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Klub.
  - Sittgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokal des evangel. Arbeitervereins.

Sonntag, den 17. November.

- Uhlen i. W. Abends 7.30 Uhr mit Familienangehörigen bei Pechling, Nordstr. Referent: Hrl. Hoffmann-Köln.
- Andernach. Nachm. 4 Uhr außerordentl. Vert. bei Hamm.
- Roederheide. Vorm. 11 Uhr bei Fr. Hennemann.
- Cheunis. Vorm. 11—1 Uhr im Reichshaus Hof, Brauhausstr. 13, Wichtige Tagesordnung.
- Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wiedede, Auguststraße.
- Dortmund-Schwerte. Nachm. 4 Uhr bei Köster, Wilhelmstraße.
- Duisburg-Warheimerort. Abends 7.30 Uhr bei Kallstepe, Fischerstr.
- Duisburg-Beck. Vorm. 11 Uhr bei Zimmer, Kallstepestraße.
- Düsseldorf-Neu. Vorm. 11 Uhr bei Flog, Meberstraße.
- Düsseldorf-Rath. Abends 7 Uhr bei Krellinger, Münsterstraße, Ecke Rotherstraße.
- Düsseldorf-Münster. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birkenstr. 45.
- Düsseldorf-Verresheim. Vorm. 11 Uhr im Lokale Stelmann, Grünlichstraße.
- Eisen-Altendorf. Abends 7 Uhr bei Wint, Altendorferstraße 299.
- Eisen-Verne-Vorbeck. Abends 7 Uhr mit Frauen bei Mader, Hochstraße.
- Eisen-Altendorf. Abends 7 Uhr bei Effer.
- Eisen-Frohnhagen. Abends 6 Uhr bei Postleker.
- Eisen-Heilinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Schroer.
- Eisen-Segeberg. Abends 8 Uhr im „Johannshaus“.
- Eisen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Schulz, Seckstraße.
- Eisen-Jugendklasse-Altendorf. Nachm. 5 Uhr bei Wint, Altendorferstraße 299.
- Großenbaum. Abends 7 Uhr bei Blantenheim.
- Meisenth. Morgens 10.30 Uhr bei Krieger.
- Neuwied. Vorm. 11 Uhr im Weiseltshaus.
- Ostberg. Nachm. 4 Uhr bei Wwe. Kropf in Ostberg.
- Süch. Morgens 11 Uhr bei Effer.
- Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Fr. Simon, Saugstraße.

Dienstag, den 19. November.

- Gelsenkirchen-Sülke. Abends 8.30 Uhr bei Nachbarschule.
- Mittwoch, den 20. November.
- Heiligenhaus. Abends 8.30 Uhr bei Kupperbusch, Hauptstraße.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Nachm. 3.15 Uhr außerordentliche Generalversammlung der gelben Verwaltungsstelle. Hierzu müssen die Mitglieder der einzelnen Bezirke bestimmt erscheinen. Die Tagesordnung ist eine dringende wichtige.
- Samstag, den 23. November.
- Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz-Zehle am Königsgraben 14a.
- Coblenz. Abends 8 Uhr bei Stein.
- Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Westertstraße.
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kirten, Bedemerstraße.
- Salle a. S. Abends 8.30 Uhr in der Vörsenhalle. Gr.-Berlin. Wichtige L.-D. Jeder Kollege bringe einen unorganisierten mit.
- Saale. Abends 8.30 Uhr bei Wwe. (Deutsches Haus).
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.
- Wülheim-Rhein-Stadt. Abends 8.30 Uhr bei Heholz, Regementstr.
- Neuiges. Abends 8.30 Uhr bei Leimhaus, Wilhelmstraße 80.
- Velbert. Abends 8.30 Uhr bei Schlinger, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 24. November.

- Berlin-Oberdönhofweide. Abends 7 Uhr bei Dutsch.
- Coblenz-Neuenhof. Vorm. 11 Uhr Versammlung.
- Dortmund. Morgens 11 Uhr bei Hüter.
- Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Witzges, Ellerstraße 183.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulshaus dringende wichtige Versammlung der Jugendlichen. Erscheinen aller jugendlichen Kollegen ist Pflicht.
- Gelsenkirchen-Neuand. Morgens 11 Uhr im Ruhral-Restaurant.
- Gelsenkirchen-Schalke. Morgens 11 Uhr bei Wegener.
- Waldbeck. Nachm. 4 Uhr bei Waport (christl. Gewerkschaftshaus).
- Werdeck. Vorm. 11 Uhr bei Fr. Bien, Hauptstraße.
- Höln-Ehrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Winkamp, Bentloerstraße.
- Wülheim-Dünwald. Nachm. 4 Uhr bei Müller, Denthalerstraße.
- Neunkirchen. Abends 9 Uhr im „Stern“ bei Schleppe.
- Oberhausen (Rhd.). Nachm. 4 Uhr bei Memmerling. — Jeden Donnerstag Abend von 8—10 Uhr Unterrichtscurius bei Mülch, früher Golepath.
- Voulheim. Morgens 11 Uhr bei Kammeling.
- Zweibrück. Morgens 10.30 Uhr bei Kirten in Zweibrück.
- Wm. Nachm. 3.30 Uhr mit Frauen im „Gerrenkeller“.
- Wasseralfingen. Nachm. 3 Uhr im „Röhle“ bei Kollege R. Bentel.
- Wetter. Vorm. 11 Uhr im evangelischen Vereinshaus.

**Beste u. größte u. Der Metallarbeiter** Hils- u. Nachschub für Dreh- und Schloßer

Enthält:

- Gärten, Fräsen, Drehen, Zeitberechnung z. Drehen groß, Gegenstände auf der Planbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen, Konischdrehen mittels Reithod und Support, Sämlische Gewindeberechnungen nach Withworth und Millimeter-Teilung, Gevindeabellen für alle vorfindenden Gewinde, Konstruieren v. Zahnrädern, Fräsen derselben sowie die Spiralführer etc. etc. Viele Anerkennungen. 1 Stück 2 Mk., auch in Briefmarken, per Nachnahme 2.20 Mk., 2 Stück 4 Mk., 3 Stück 5.90 Mk., 5 Stück 9 Mk., 10 Stück 18 Mk. bei freier Zusendung, bei 10 Stück ein Freieimpfar.

Zu beziehen durch **Const. Haas, Köln a. Rh.** Mülke 10.

Mehrere tüchtige Reparaturmeister für dauernde Beschäftigung gesucht. Geb. Windhoff, Automobilfabrik Rheine.